

Die Seele Europas

Europäische Identität in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
Internationale Sommerakademie in der Ev.-luth. Marahrens-HVHS Loccum, 9.8. – 16.8.2000

RAINER BUNGENSTOCK*

Wenn Europa sich selbst finden will, muß es sich da suchen, wo es zu finden ist: in seinen kulturellen Traditionen. Von Jean Monnet, dem ersten Hochkommissar der Montanunion, wird der Satz kolportiert: "Wenn ich es noch einmal machen müsste, würde ich mit der Kultur beginnen!"

Ist Europa hinreichend beschrieben als eine Wirtschafts- und Währungsunion? Ist Europa eben nur "Euro-Land"? Wenn man einem Japaner erklären sollte, was charakteristisch ist für Europa, würde man sagen: die gemeinsame Währung?

"Helfen Sie uns, Europa eine Seele zu geben, sonst ist es nicht zu machen," hat Jaques Delors in einem Gespräch mit protestantischen Bischöfen aus verschiedenen europäischen Ländern gesagt.

Was ist Europa? Was beseelt die europäische Kultur?

Mit dieser Frage setzten sich mehr als 60 junge Frauen und Männer aus 16 europäischen Ländern während der europäischen Sommerakademie 2000 in der Heimvolkshochschule Loccum auseinander. Die Seminarsprachen waren Deutsch, Englisch und Französisch.

Die Veranstaltung fand in Zusammenarbeit mit Rotary-International (Distrikt 1800) und wurde gefördert durch die Europäische Kommission-Generaldirektion Bildung und Kultur.

Die Tage in der Heimvolkshochschule standen jeweils unter einem Tagesthema, zu dem in unterschiedlichen Formen und Gruppen gearbeitet wurde. Die Gesamtleitung lag in den Händen von Rainer Bungenstock, dem Leiter, und Sigrid Piehl, einer pädagogischen Mitarbeiterin der Einrichtung.

Abends fanden täglich drei kontinuierliche Workshops statt:

- Ulrike Wallis, Tanzpädagogin aus Hannover, erarbeitete eine Tanzperformance zum Thema "Die Seele Europas".
- Ein Chor übte klassische europäische Literatur unter der Leitung von Morten Kollstede, Musikstudent aus Oldenburg, ein.
- Ein Medienworkshop bot Gelegenheit, die Ergebnisse der Tagesarbeit in der Sommerakademie für das Internet aufzubereiten und im Internet zu publizieren. Gleichzeitig entstand jeden Tag in diesem Workshop eine kleine gedruckte Dokumentation des Tages.

Der erste Tag stand ganz unter dem Eindruck der Anreise so vieler Menschen aus so unterschiedlichen Ländern. Sie kamen mit dem Auto, mit der Bahn, mit dem Zug und mit dem Flieger. Fast alle sahen sich in Loccum zum ersten Mal. Es war daher angezeigt, die Sommerakademie mit einem intensiven "warming up" zu beginnen, das allen die Möglichkeit bot, sich ein wenig kennenzulernen und einzufinden.

Am zweiten Tag entstanden auf dem Gelände der Heimvolkshochschule in Anlehnung an die gleichzeitig stattfindende EXPO 2000 in Hannover Pavillons der teilnehmenden europäischen Länder. Mit bereitgestellten Materialien entwarfen und bauten die Teilnehmenden phantasievolle Objekte und präsentierten damit ihr Land dem Plenum. Alle hatten aus ihrer Heimat Gegenstände, Getränke, Speisen und Literatur mitgebracht und stellten all dies aus: Kulturelle Vielfalt in den unterschiedlichen europäischen Regionen.

In einer großen Auswertungsrunde am Nachmittag wurden die Ergebnisse

diskutiert (siehe auch Artikel DIE HARKE 11.8.2000).

Der dritte Tag stand unter dem Thema "Morgens um halb zehn in Europa - Europäisches Alltagsleben in den unterschiedlichen Ländern".

Internationale Arbeitsgruppen trafen sich und entwickelten Präsentationen zu folgenden Themen

- Bildung und Ausbildung
- Frauen, Männer, Familie
- Gesundheitssystem
- Tanz, Musik, Theater
- Soziale, wirtschaftliche und politische Herausforderungen
- Freizeit
- Arbeitsmarkt

Am späten Nachmittag fand eine thematische Führung durch das Kloster Loccum statt: "Die Ausbreitung des Zisterzienserordens im 12. Jahrhundert – ein erstes europäisches Netzwerk"

Der vierte Tag brachte die Auseinandersetzung mit einem Vortrag von Garlich von Essen, Brüssel, der uns über die politische Geschichte Europas und der europäischen Institutionen nach 1945 und über mögliche zukünftige Szenarien der Entwicklung informierte: "The Development of EU-Structures after 1945 and Future Scenarios".

Am Nachmittag brach die Gruppe nach Nienburg/Weser auf und erlebte eine gelungene Führung durch die Stadt: "Nienburg – ein norddeutsches Mittelzentrum in der europäischen Geschichte".

Gemeinsam bereiteten die Teilnehmenden am fünften Tag einen Gottesdienst in der Klosterkirche in Loccum vor und feierten ihn mit viel Musik und eindrucklichen ökumenischen Beiträgen. Die Predigt im Gottesdienst hielt Landes-superintendent i. R. Karl Manzke, Celle. Musikalisch wurde der Gottesdienst gestaltet mit Elementen der serbisch-

* Leiter der Heimvolkshochschule Loccum

orthodoxen Liturgie, Liedern aus der protestantischen Tradition Dänemarks und Gebeten aus der römisch-katholischen Kirche Polens. Alle 16 Sprachen der Sommerakademie waren zu hören, als das Glaubensbekenntnis gesprochen wurde.

Nachmittags setzten wir uns in Arbeitsgruppen mit einem Vortrag von Prof. Dr. Kwiran, Braunschweig, auseinander. Thema: "Von den geistigen Wurzeln Europas".

Der sechste Tag war der Präsentation der "Draft Charter of Fundamental Rights of the European Union" gewidmet. In einem simulierten europäischen Jugendparlament diskutierten wir den Entwurf der Europäischen Menschenrechtscharta. Als Kommentatorin und politische Expertin hatten wir Dr. Godelive Quisthoud-Rowohl, MEP, Hildesheim, eingeladen, die uns den Stand der Diskussion im Europäischen Parlament erläuterte und aus ihrer Sicht kommentierte.

Auf der Agenda der Nachmittagssitzung des "Jugendparlaments" stand die Präsentation und Diskussion der Rede

von Joschka Fischer vom 12.5.2000: "Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der Europäischen Integration".

Am siebten Tag trug Prof. Dr. Rudolf von Thadden, Göttingen, der Berater der Bundesregierung für die deutsch-französischen Beziehungen zum Thema "Die Gestalt Europas" vor. In seinem eindrücklichen Vortrag und den spannenden anschließenden Diskussionen stellte uns von Thadden europäische Existenz heute wie selbstverständlich vor: Er präsentierte seine Rede dreisprachig. Wenn es um Frankreich ging – französisch; bei deutschen Angelegenheiten – deutsch und englisch, wenn er auf Großbritannien zu sprechen kam.

Am Abend feierte die Akademie ein großes Fest mit der und für die Öffentlichkeit: "Europäische Nacht" in der Heimvolkshochschule – Präsentation der Ergebnisse, Empfang, Musik, Tanz. Anwesend waren viele Mitglieder von Rotary-International, dem Service Club, der das Projekt großzügig unterstützt hat.

Eindrücklich die Aufführung der Tanzperformance "Die Seele Europas" und der Auftritt des Chores mit 40 jungen Frauen und Männern (siehe auch Artikel DIE HARKE 17.8.2000).

Mit einer ausführlichen Evaluation der Ergebnis der Sommerakademie begann der letzte Tag in Loccum. In Arbeitsgruppen wurden Verabredungen für zukünftige Projekte getroffen. Am frühen Nachmittag brach die Gruppe nach Hannover auf, um dort drei Tage auf der EX-PO zu verbringen.

BILDUNGSWERK HERRMANNSDORFER Landwerkstätten am Kronsberg

Bilden – Tagen – Erholen

"Wir laden Sie ein zu uns aufs Land..." – Lebendige Erlebnisse und praktisches Wissen bietet Ihnen der Aufenthalt in den Herrmannsdorfer Landwerkstätten und in unserem Gästehaus.

Bei uns erwartet Sie ein Bildungswerk mit einem vielfältigen Bildungs-, Kultur- und Erlebnisprogramm. Eingebettet ist es in einen landwirtschaftlichen Modellbetrieb mit interessanten Werkstätten für handgemachte Lebensmittel.

Das Bildungswerk Herrmannsdorfer Landwerkstätten am Kronsberg ist eine gemeinnützige GmbH, die getragen wird von der Ländlichen Erwachsenenbildung in Niedersachsen e.V., Hannover, und der Schweisfurth-Stiftung, München.

Besuchen Sie uns
im Internet:
www.gaestehaus.leb.de

Debberoder Str. 61
39539 Hannover
Tel: 0511 / 51500 200
Fax: / 51500 210

Europa und Bildung in der Region am Beispiel des LEADER-Programms

VON HEINZ-JÜRGEN AHLERS *

Die Europäische Bildung fördert Aufgaben der Regionalentwicklung um gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse im gesamten Bereich der Europäischen Union herzustellen.

In jedem Programm gibt es Formulierungen wie:

- Förderung der europäischen Vernetzung
- Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen
- Grenzübergreifende Kooperation

Die Umsetzung dieser Anliegen, die dem Prozeß der europäischen Integration dienen und auch Komponenten der politischen Bildung beinhalten, wirft Fragen in der Umsetzung auf. Innovative Ideen in diesem Bereich sind gesucht und können Beteiligte begeistern.

LEADER II - Programm / Akteure / Europäische Vernetzung

Die Abkürzung LEADER steht für: Liaison entre Actions de Developpment de L'Economie Rurale = Verbindungen zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft.

Diese Gemeinschaftsinitiative, (die Laufzeit des LEADER II Programms ging von 1994-1999,) fördert benachteiligte Regionen in der EU.

Zielsetzungen in Kurzform:

- Unterstützung lokaler Entwicklungsinitiativen im ländlichen Raum
- Unterstützung innovativer, übertragbarer Maßnahmen
- Unterstützung von Austausch und Erfahrungsweitergabe
- Unterstützung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Begünstigte sind neben lokalen Aktionsgruppen auch kollektive Aktionsgruppen

* Pädagogischer Mitarbeiter der LEB Niedersachsen

ger des öffentlichen und privaten Sektors im ländlichen Raum.

Eine "Europäische Beobachtungsstelle LEADER" begleitet die Verbreitung der innovativen Ideen und soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern.

In Niedersachsen wird das Programm LEADER II mit dem Leitthema "Wasserschützen – Wasser nutzen" umgesetzt. Es trägt damit einem wichtigen Landschaftsmerkmal des Raumes Rechnung. Unter diesem Oberthema wird ein positives Zusammenwirken von Tourismus, Umweltschutz, Ökologie und Ökonomie angestrebt, um Bestrebungen ländlicher Entwicklung nachhaltig zu unterstützen

LEB und LEADER II in Niedersachsen

Im operationellen Programm LEADER II für Niedersachsen ist die LEB vorwiegend mit Qualifizierungsmaßnahmen beteiligt. Innerhalb der Qualifizierungsmaßnahmen sollen Kenntnisse zum Wasserschutz und zur Wassernutzung vermittelt werden. Die Maßnahmen richten sich an interessierte Privatpersonen und Landwirte. Ziel der Qualifizierungen ist die Schaffung von Sensibilität im Umgang mit Wasser und – daraus abgeleitet – das Erkennen von ökonomischen Chancen für den ländlichen Raum. Um die Vernetzung der Qualifizierungsmaßnahmen sicherzustellen, ist die LEB jeweils in die Arbeit der lokalen Aktionsgruppen eingebunden.

Die weitere Darstellung wird beispielhaft anhand eines lokalen Projektes erläutert. Ausgehend von diesem Projekt (und Parallelvorhaben) wird eine europäische Partnerschaft mit der Algarve vorgestellt, die in besonderem Maße Elemente europäischer Bildung und Integration beinhaltet.

Die Darstellung gibt nur einen sehr kleinen Ausschnitt komplexer Sachver-

halte im Europäischen Förderprogramm LEADER II wieder. Der punktuelle Ausschnitt zeigt Europabildung und Integrationsbemühungen im kleinsten praktischen Ansatz.

Regionale Aktivitäten zu LEADER II und ihre Möglichkeiten im Bereich Europäischer Kooperation und Information

Die Aufgaben Europäischer Bildung sind aktuell. Seit Beginn der neunziger Jahre hat sich die Akzeptanz des Europäischen Einigungsprozesses bei den Bürgern nicht erhöht, sondern das Gegenteil ist der Fall. Nicht nachvollziehbare Entscheidungsprozesse und Unsicherheit bei zukünftigen Entwicklungen lassen Bürger zu Europapessimisten werden und Bildungsaufgaben notwendig erscheinen.

"Ob die EU-Bürger bestrahlte Lebensmittel essen, nach dem deutschen Reinheitsgebot gebrautes Bier trinken oder ein Katalysator-Auto fahren, wird heute nicht mehr nur in Bonn, sondern zunehmend auch in Brüssel und Straßburg entschieden" (SCHMUCK, PB, 1997, 95). Diese anschauliche Beispiel gibt auch einen Hinweis auf die notwendige, lebendige Darstellung, wie die Europäische Politik dem Bürger nahe gebracht werden kann.

Die niedersächsische LEADER Programmbeschreibung geht auch von der Mitwirkung der Menschen, der interessierten Gruppen und Vereine an den geplanten Vorhaben aus. Die Überschriften lauten dementsprechend: Transparenz, Basisorientierung, Mitwirkung der Bevölkerung. Durch die Einbindung der Beteiligten soll auch nach Ende der Laufzeit eine freiwillige Fortsetzung der Aktivitäten vorbereitet werden

Die LEB hat in ihren Qualifizierungsmaßnahmen diese Gedanken mit aufgenommen und ihre Angebote für alle Inter-

essierten, speziell auch für Laien konzipiert. Dadurch ist die Teilnahme allen zugänglich und es ist nicht notwendig, Interessenten von vornherein absagen zu müssen. Dieser "Bottom-up-Ansatz" ist ein Grundprinzip im LEADER-Programm. Für viele Beteiligte (speziell aus der Verwaltung) sind jedoch diese Prozesse neu und gewöhnungsbedürftig, sind sie doch nicht Teil des bisherigen Verfahrensablaufs. Durch diesen Ansatz gelangt europäisches Gedankengut bis in das kleinste Projektvorhaben. Den Teilnehmern bewußt zu machen, das sie – mit Europäischer Hilfe – an einem basisorientiertem Vorhaben teilnehmen, ist nicht allein damit getan, nur in schriftlicher Form auf die finanzielle Förderung durch die EU hinzuweisen. Die Vorstellung des Projekts, z.B. auf einer Veranstaltung des EU-Carrefour-Büros, ist eine angewandte Möglichkeit, die Europäische Relation den Teilnehmern aktiv vor Augen zu führen.

Eine weitere Möglichkeit, Partnerschaft und Zusammenarbeit der Akteure zu entwickeln, sind die lokalen Aktionsgruppen auf Kreisebene. Die LEB als kollektiver Aktionsträger ist Mitglied in diesen Aktionsgruppen, kann so auch die Vernetzung landesweit unterstützen und Europäisches Gedankengut einfließen lassen. Als Bildungsträger besteht hier für die LEB auch indirekt die Chance den europäischen Gedanken der Integration verschiedener gesellschaftlicher Kräfte in den Entscheidungsprozeß jeweils mit einzubringen.

Europäische Bildung in der örtlichen Projektarbeit

Als Beispiel für eine örtliche Einbindung Europäischer Bildung wird das Projekt "Lokale Agenda 21 – Wasserschutz" untersucht, welches 1998/1999 von der LEB und dem örtlichen Kulturkreis in der Gemeinde Apen durchgeführt wurde.

In den Grundsätzen des LEADER-Programms sind Partnerschaftlichkeit, Transparenz und Basisorientierung vorgegeben. Über eine entsprechende Publizität soll u.a. auch die Bevölkerung zur Mitwirkung aufgefordert werden.

Im Projekt "Lokale Agenda 21 – Wasserschutz" sind Gemeinden, Vereine und eine technische Schule Partner der LEB bei der Umsetzung der Programminhalte,

wobei diese sich auch thematisch mit einbringen. Die praktizierte Zusammenarbeit beruht auf Gegenseitigkeit, in der auf der einen Seite der LEADER-Qualifizierungsauftrag erfüllt wird und auf der anderen Seite örtliche Aktionen, wie z.B. die Errichtung einer Regenwassernutzungsanlage, ermöglicht wird. Transparenz und Publizität wird über die örtlichen Medien (Tageszeitungen) hergestellt:

"Sie können alle mitarbeiten an dem Projekt "Wasser schützen – Wasser nutzen", das die Ländliche Erwachsenenbildung konzipiert hat. Es wird gefördert durch das LEADER II-Programm der EU. Ideen sind gefragt, um Vorhaben zu entwickeln, vielleicht auch andere Akzente zu setzen." (NORDWEST-ZEITUNG vom 30. 05.98)

Ergänzend wurde in der gesamten Projektzeit eine monatliche Veranstaltungsübersicht veröffentlicht und über die örtlichen Geschäfte verteilt. Die Aktiven von LEB und Freizeit- und Kulturkreisen während der ganzen Zeit auch als Ansprechpartner zur Verfügung. Die Basisorientierung des Projektes wurde u.a. durch den überschaubaren geographischen Aktionsraum sichergestellt. Jeder hatte die Möglichkeit "zu Fuß" alle Veranstaltungen zu erreichen. In Bezug auf die Teilnehmer waren alle Aktivitäten allen Interessierten zugänglich und damit nicht für ein Fachpublikum konzipiert. Auch konnten Ideen, die erst während der Projektzeit entstanden, mit berücksichtigt werden. Über Kontakte zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21, wurde die Vernetzung mit ähnlich gelagerten Initiativen sichergestellt.

In der Außendarstellung wurde, neben Faltschichten, die vom zuständigen Niedersächsischen Landwirtschaftsministerium erstellt worden sind, auch viele sonstige EU- Informationen verteilt, die z.B. über das örtliche EU-Carrefour-Büro in Oldenburg erhältlich waren.

Europäische Bildung ist in dem beschriebenen örtlichen Projekt ganz konkret geworden. Die Frage, ob die Europäische Intention – die Idee und der Hintergrund der Strukturförderung – eher durch bedrucktes Papier oder durch praktizierte Bürgeraktivierung vermittelt werden kann, ist so zu beantworten:

Reine Wissensvermittlung reicht nicht aus, sondern Handlungsbereitschaft (z.B. durch sog. "Mitmachprojekte") muss hergestellt werden, um breite Bevölkerungskreise positiv zu aktivieren.

Europäische Bildung und internationale Partnerschaft

Im Operationellen Programm LEADER II Niedersachsen wird die grenzübergreifende Zusammenarbeit auf einer einzigen Seite dargestellt. Unter den Punkten Partnerschaft und Europäisches Netzwerk gibt es weitere kurze Hinweise auf den Europäischen Erfahrungsaustausch.

Diese kurzen Darstellungen verleiten nicht direkt zu einem besonderen Engagement in diese Richtung. Diese Zurückhaltung kommt nicht von ungefähr. Der Europäische Integrationsprozeß war vor allen Dingen durch die Zusammenführung der Wirtschaft bestimmt und erst in den 70er Jahren rückte das "Europa der Bürger" mit in den Vordergrund). So ist der wirtschaftliche und politische Einigungsprozeß Europas schon sehr weit fortgeschritten, ohne daß die Bürger die notwendige politische Kenntnis über diesen Sachverhalt erhalten haben. Die Politische Bildung, die hier zur Information über den Europäischen Integrationsprozeß gefordert ist, hat damit u.a. die Aufgabe, dieses Defizit, in einer dem Bürger ansprechenden Form, zu beheben.

In der Umsetzung des LEADER II Programms stand zunächst der Beginn der Arbeit in der eigenen Region im Vordergrund. Vielfach gelang dies erst nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten, so daß in der Anfangszeit über eine Europäische Vernetzung und mögliche Partnerschaften nicht nachgedacht wurde. Die LEADER-Aktiven erhielten auch erst nach und nach Kenntnis von den entsprechenden EU-Publikationen, die Informationen über Europäische Kontakte zur Verfügung stellen können. Das Mitteilungsblatt LEADER-FORUM der deutschen Vernetzungsstelle erschien z.B. erst im Sommer 1998 (Start des LEADER II-Programms: 1994!)

Über private Kontakte und einem ersten Informationsbesuch konnte die LEB im Jahre 1997 Kontakte zu LEADER Gruppe IN LOCO in der Algarve/Portugal aufnehmen. Die Entwicklungsgruppe IN LOCO

betreut seit 1992 über 100 Projekte zur Regionalentwicklung in der SERRA DO CALDEIRO. Die Palette reicht von der Belebung des Lokaltourismus bis zur Organisation von Handwerks- und Erzeugnisausstellungen. Ein umfangreiches Schulungsprogramm und die Begleitung der Aktivitäten durch örtliche Koordinatoren ("Animateure") sollen die Arbeit in dieser Landregion absichern und stabilisieren. Die Finanzierung der Arbeit erfolgt zu großen Teilen über die Europäische Union und über Mittel des Landes Portugal.

Die Aufgabenstellung von IN LOCO ist ähnlich der Zielsetzungen der LEB in Niedersachsen, so daß sich Kooperationen und gemeinsame Projekte anbieten. In der gleichlautenden Erklärungen zur Zusammenarbeit von 1997 wird die Zusammenarbeit in Qualifizierungsmaßnahmen zum Wasserschutz vereinbart.

Fragen der Wassereinsparung, des technischen Wasserschutzes und der ökologischen Landwirtschaft sollen gemeinsam erörtert werden und parallel in Projekten in der Algarve und in Niedersachsen realisiert werden. Dieses Thema ist konform zum Oberthema "Wasser schützen – Wasser nutzen" in Niedersachsen.

Die gemeinsame Abstimmung erfolgt durch gegenseitige Informationsbesuche in den Partnerregionen, einem Besuchsprogramm mit einer Vielzahl von offiziellen und privaten Kontakten.

Hier setzt nun auch die Komponente der Europäischen Bildung und der Europäischen Integration ein. Wenn bisher Kontakte zwischen den offiziellen Stellen bestanden (auch mehr im Schriftverkehr), so sind LEB und IN LOCO bemüht ihre Akteure aus der Basisarbeit mit einzubeziehen. Fachingenieure, Vereinsvorsitzende, Berater, Kaufleute und Landwirte diskutieren die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die Besucher werden jeweils in kleinen Landstädten in der Region untergebracht, besuchen auch die Familien der Gastgeber privat und bereiten im Hause des deutschen Projektleiters ein portugiesisches Abendessen zu. Beim abendlichen Bummel lernen die Gäste die freundliche Unterstützung der Passanten bei der Suche nach einem Taxi kennen.

Der Gegenbesuch in der Algarve läuft ähnlich. Neben den Sitzungen im Schu-

lungszentrum (die teilw. bis Mitternacht andauern und damit selbst unsere Einstellung von Arbeitseifer übertreffen), wird auch das neue Haus des IN LOCO-Beraters mit eingeweiht.

Die Inhalte der Gespräche werden hier absichtlich nicht dargestellt, dafür mehr die Begleitumstände ausführlich aufgezeigt. Diese Begleitumstände bringen die Akteure und die Bürger einander näher. Sie dienen der Europäischen Verständigung mehr denn großartige Verlautbarungen. Die Programme der Europäischen Strukturförderung, wie viele andere Programme (Bildung, Jugendaustausch, Sprachen), führen Bürger zusammen und lassen sie zu Botschafter ihres Landes werden. Ein Europa der Bürger läßt die Bürger sich auch dort heimisch fühlen.

Die Politische Bildung kann auf solche Fundamente aufbauen, die von den Bürgern selbst errichtet werden.

Die internationale Partnerschaft zwischen LEB und IN LOCO im Rahmen der Strukturförderung ist Teil dieses Fundaments.

Ergebnisse und Perspektiven über das Ende des LEADER II Programms hin-

aus Das LEADER II Programm zur Strukturförderung endete 1999.

Das Prinzip der Subsidiarität in der EU unterstützt eine Politik, die die allgemeine Zugänglichkeit für Prozessinteressierte ermöglicht und das Interesse für die Politik der EU verstärkt (Integration durch Partizipation!).

In der internationalen Partnerschaft ist die Nähe zu Europa für alle Beteiligten wesentlich eher ersichtlich. Integration, Kontakte mit europäischen Mitbürgern können direkt erlebt werden und sind wesentlicher Bestandteil des Konzeptes.

Die Erfahrungen im Bereich der Qualifizierung, speziell in der Umsetzung der Bürgermitwirkung, können direkt in neue Maßnahmen eingebracht werden. So waren auch bisher die Qualifizierungen für alle Interessierten zugänglich, Gruppen und Vereine wurden in die Arbeit mit einbezogen. Der politische Ansatz, dem EU-Bürger und den Basis-einrichtungen eine Partizipation zu ermöglichen, stärkt das Engagement für die Europäische Politik und ist gelebte Integration.

In den lokalen Projekten zum Thema "Wasser schützen – Wasser nutzen" wurde dieses z. B. durch Arbeitsvorhaben realisiert, in denen die teilnehmende Ortsgemeinschaft eine Regenwassernutzung installierte und während der Arbeit auf die europäische Einbindung und die Gesamtbedeutung hingewiesen wurde.

Die Ergebnisse der Maßnahmen wurden und werden entsprechend veröffentlicht und stehen damit anderen Akteuren zur Verfügung.

In Bezug auf die verpflichtende Europäische Partnerschaft werden die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Organisation IN LOCO mit eingebracht.

Politische Bildung zur Europäischen Integration wird auch künftig in der LEB-Arbeit in konkrete Arbeits- und Projektvorhaben eingebunden sein.

Literaturverzeichnis

- DEUTSCHE VERNETZUNGSSTELLE LEADER (Hg.), 1998: LEADER forum, Heft Nr. 1 / 1998. Frankfurt a. M.
- EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE LEADER (Hg.), 1998: LEADER Magazine Nr. 16 von Winter 1997/98. Brüssel
- EUROPÄISCHE BEOBACHTUNGSSTELLE LEADER (Hg.), 1999: Info LEADER II, Nr. 69 von April - Mai 1999. Brüssel
- EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT (Hg.), 1994: Praktischer Leitfaden der Vorschriften zur Information und Publizität. Brüssel
- INSTITUT FÜR ENTWICKLUNGSPLANUNG (Hg.), 1998: Der Europäische Sozialfonds (ESF) in Niedersachsen - Zwischenbewertung LEADER II. Hannover
- JUCHLER, Ingo, 1997: Der Prozeß der europäischen Integration. In: Politische Bildung, Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis - Die Europäische Union, Jg. 30., Heft 4/1997. Schwalbach / Taunus
- LAND N IESERSACHSEN, o. J.: Gemeinschaftsinitiative LEADER II, Einheitliches Operationelles Programm 1994 - 1999. Ohne Ort.
- LÄNDLICHE ERWACHSENENBILDUNG, 1998a: Kooperationserklärung Projekt Wasserschutz und Landwirtschaft "Von der Idee zum Projekt". Hannover
- LÄNDLICHE ERWACHSENENBILDUNG, 1998b: Lokale Agenda 21 - Wasserschutz. Weserstedde
- LÄNDLICHE ERWACHSENENBILDUNG; 1999: Projekt - Reader "Wasser schützen - Wasser nutzen". Westerstedde
- LIPPERT, Barbara, 1998: Europa 2000 - Reform und Zukunft der Europäischen Union In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Europa an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Reform und Zukunft der Europäischen Union. Bonn
- MEASURES, Hohn / MEASURES, Madge, 1996: Süd - Portugal, Menschen und Traditionen, Tiere und Pflanzen. Organisation IN LOCO (Hg.). Faro/Portugal
- NIEDERSÄCHSISCHER BUND FÜR FREIE ERWACHSENENBILDUNG, 1998 Demokratie braucht Bildung. Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Niedersachsen stellen sich vor. Hannover
- NIEDERSÄCHSISCHES LANDWIRTSCHAFTSMINISTERIUM, o. J.: Wasser schützen - Wasser nutzen, Gemeinschaftsinitiative LEADER II. Ohne Ort
- SCHMUCK, Otto, 1997: Vom Europa der Bürger: Einstellungen, Haltungen, Rechte und Möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern in der EU. In: Politische Bildung, Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis - Die Europäische Union, Jg. 30., Heft 4/1997. Schwalbach/Taunus

Finanzierung von Projekten durch den Europäischen Sozialfonds

REINHARD BODE-SCH TTE*

Grundlagen der ESF-Finanzierung

Einführung

In der arbeitsmarktorientierten Qualifizierungsförderung sind nach den Möglichkeiten, die das Dritte Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung) bietet, die Qualifizierungsprogramme des Europäischen Sozialfonds von besonderer Bedeutung. In Niedersachsen konnten in der ESF-Förderperiode 1994 – 1999 jährlich durchschnittlich ca. 100 Mio. DM an Fördermitteln der Europäischen Union in Niedersachsen gebunden werden. Hervorzuheben ist, dass Niedersachsen nicht nur "sein" Budget vollständig ausschöpfen konnte, sondern zusätzliche Fördermittel einwerben konnte. In der angelaufenen ESF-Förderperiode 2000 bis 2006 konnte Niedersachsen seinen Anteil noch einmal leicht erhöhen. Durchschnittlich werden in den nächsten Jahren ca. 110 – 120 Mio. DM an Mitteln aus den Förderzielen 2 und 3 des ESF sowie der Gemeinschaftsinitiative EQUAL zur Verfügung stehen.

Allen diesen Förderprogrammen ist gemein, dass sie eine nationale (komplementär)finanzierung voraussetzen. Der Begriff der Kofinanzierung wird in der Praxis manchmal sowohl aus Sicht der EU-Mitgliedstaaten für den europäischen Anteil an der Gesamtfinanzierung von Programmen und Projekten verwendet als auch aus europäischer Sicht für den nationalen Finanzanteil. Diese letztere

* Der Verfasser arbeitet als Berater für ESF-Projekte und ESF-Fachbereichsleiter bei der Landesberatungsgesellschaft für Integration und Beschäftigung (LaBIB mbH) in Hannover. Die LaBIB ist vom Land beauftragt, die Umsetzung der ESF-Förderung in Niedersachsen durch Beratung und Service, Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung von Trägern zu unterstützen. Informationen über die LaBIB und den ESF sind im Internet erhältlich unter www.labib.de.

Sichtweise wird im Weiteren in diesem Artikel verwendet.

Quellen der Kofinanzierung

Mit der Einreichung von Programmen durch den Mitgliedstaat bei der EU-Kommission in Brüssel wird gleichzeitig ein sog. "Indikativer Finanzplan" vorgeschlagen. Diese gibt Auskunft über die vom Mitgliedstaat vorgesehenen Quellen der Kofinanzierung. Dieser indikative Finanzplan wird von der EU-Kommission genehmigt. Beispielhaft kann dies am ZIEL 3-Programm für Deutschland dargestellt werden. Der indikative Finanzplan hierfür weist ca. 9,29 Mrd. DM an ESF-Mitteln, ca. 9,98 Mrd DM an nationalen öffentlichen Mitteln sowie ca. 1,19 Mrd DM an nationalen privaten Mitteln aus. Bei den im indikativen Finanzplan eingesetzten nationalen öffentlichen Mitteln handelt es sich um Finanzmittel

- des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung,
- der Bundesanstalt für Arbeit,

- des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft,
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
- der Bundesländer,
- der Kommunen und Kreise,
- Mittel sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften.

Bei den privaten Mitteln handelt es sich

- bei allen Maßnahmen um Eigenmittel der beteiligten Träger,
- bei den Maßnahmen im Schwerpunkt D zusätzlich um den privaten Kofinanzierungsanteil von Unternehmen.

Innerhalb dieses Rahmens bewegen sich die einzelnen Bundesländer mit ihren spezifischen Förderprogrammen (vergl. Grafik 2). Für die niedersächsischen Programme werden entsprechend des o. g. Rahmens eine Vielzahl von Kofinanzierungsquellen genutzt. Für Schwer-

punkte der Förderung hier einige Beispiele:

- Im Politikbereich A wird das Einzelprogramm "Qualifizierung von Arbeitslosen" überwiegend aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, speziell gemäß § 77 ff des SGB III (Förderung der beruflichen Weiterbildung/FbW) kofinanziert.
- Im Politikbereich B wird das Einzelprogramm "Qualifizierung von SozialhilfeempfängerInnen" überwiegend aus Mitteln der Landkreise und Städte kofinanziert.
- Im Politikbereich C wird das Einzelprogramm "Förderung der überbetrieblichen Ausbildung" überwiegend aus privaten Mitteln (Handwerksbetriebe) kofinanziert.
- Im Politikbereich D wird das Einzelprogramm "Präventive Arbeitsmarktpolitik" überwiegend aus privaten Mitteln (kleine und mittlere Unternehmen) kofinanziert.
- Im Politikbereich E wird das Frauenförderprogramm FIFA unter anderem aus Mitteln des Landes Niedersachsen kofinanziert.

Finanzierung auf Programmebene

Die Sicherung der Gesamtfinanzierung durch die ESF-Förderquote plus nationale (öffentliche oder private) Kofinanzierung erfolgt auf Programm- oder auf Projektebene. Auf Programmebene wird die Seite des ESF-Fördermittelegers dabei von der zuständigen ESF-Fondsverwaltung im Niedersächsischen Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales oder anderen Fachressorts der Landesregierung wahrgenommen. Dies ist in der Regel dann der Fall, wenn viele Maßnahmen gleichen Typs von einem relativ festen und vorher bekannten Kreis von Projektträgern durchgeführt werden sollen. Dann können die wichtigsten Finanzgeber direkt eine Gesamtfinanzierung für die angestrebten Projekte vereinbaren. Ein Beispiel für einen solchen Ansatz sind die Förderprogramme zur "Ausgliederung von wesentlich Behinderten aus Werkstätten für Behinderte in den allgemeinen Arbeitsmarkt" oder das Programm zur "Förderung der überbetrieblichen Ausbildung".

Finanzierung auf Projektebene

Eine andere Verfahrensweise zur Si-

cherung der Gesamtfinanzierung ist die Finanzplanung auf Projektebene. Dies ist i. d. R. bei Projekten der Fall, bei denen ein örtliches Arbeits- oder Sozialamt die Kofinanzierung bereitstellt und eine Vielzahl sehr heterogener Projektträger potentiell für eine Durchführung in Betracht kommen. Dieser Ansatz ist beispielsweise im Förderprogramm zur "Qualifizierung von Arbeitslosen" oder im FIFA-Programm zu finden.

Einzelheiten der Finanzierung von ESF-Projekten

Der Finanzierungsplan

Für jedes ESF-Projekt muss bei der zuständigen Bewilligungsbehörde ein Antrag gestellt werden, der einen Finanzierungsplan mit Kalkulation beinhaltet. Die möglichen Ausgaben werden unterteilt in die "zuwendungsfähigen" und die "nicht zuwendungsfähigen" Ausgaben. "Nicht zuwendungsfähig" sind z. B. Ausgaben für den Kauf von Immobilien oder übertarifliche Leistungen. "Nicht zuwendungsfähige Ausgaben" können z. B. durch Projekteinnahmen oder Eigenmittel des Antragstellers finanziert werden. Die ESF-Förderquote und die Kofinanzierung bezieht sich ausschließlich auf die "zuwendungsfähigen Ausgaben". Diese werden in vier Ausgabengruppen unterteilt:

- die Ausgaben für Bildungs-, Beratungs- und Betreuungspersonal
- die Ausgaben für den Lebensunterhalt der Teilnehmenden sowie deren Aufwendungen für projektbedingte Reise- und Unterbringungskosten sowie für zusätzliche Kinderbetreuung
- die Ausgaben für Verbrauchsgüter und Ausstattungsgegenstände
- die indirekten Ausgaben

Ausgaben für Bildungs-, Beratungs- und Betreuungspersonal

Hierunter sind alle Personalkosten für das inhaltlich-pädagogisch arbeitende Personal zu verstehen, also Projektleitung, Dozentinnen und Weiterbildungslehrer, Sozialpädagogen oder Trainerinnen. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um fest angestelltes Personal des Trägers handelt, um nur stundenweise tätige Dozenten oder um selbständige TrainerInnen, die im Namen des Antrag-

stellers tätig sind. Die Ausgaben sind auf Basis "Arbeitgeberbrutto-Belastung" auszuweisen. Darüber hinaus sind projektbezogene Reisekosten einzusetzen. Außerdem können Lehrgänge externer Einrichtungen und/oder Prüfungsgebühren eingesetzt werden. Lehrgänge externer Einrichtungen können z. B. einzelne Qualifizierungsmodule oder Beratungsleistungen sein, die vom Antragsteller bei einem anderen Träger oder einer anderen Institution eingekauft werden.

Ausgaben für die Vergütungen, Aufenthalts- und Fahrtkosten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Hierunter fallen alle Personalkosten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die während der Dauer der Maßnahme anfallen. Löhne und Gehälter sind auch hier auf der Basis "Arbeitgeberbrutto-Belastung" anzusetzen. Dies ist z. B. bei der Freistellung von Beschäftigten zum Zwecke der Weiterbildung oder bei der Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfebeziehenden im Rahmen von Beschäftigungsverhältnissen nach BSHG 19 der Fall. Soweit gesetzliche Kostenträger wie das Arbeits- oder Sozialamt für den Unterhalt aufkommen, wird der Lebensunterhalt i. d. R. projektbezogen bescheinigt, d. h. das Arbeits- oder Sozialamt bestätigt die Leistungen an die Teilnehmerinnen mit einem Durchschnittssatz pro Kopf. Dieser ist variabel und berücksichtigt auch ggfs. vom Kostenträger übernommene weitere Leistungen, z. B. Fahrtkosten und Kinderbetreuungskosten.

Verbrauchsgüter und Ausstattungsgegenstände

Hierunter fallen alle nicht abschreibungsfähigen Verbrauchsgüter und Ausstattungsgegenstände die vom Projektträger speziell zur Durchführung der Maßnahme angeschafft werden müssen. Darüber hinaus können hier Miet- oder Leasingausgaben oder zeitanteilige Abschreibungen für projektnotwendige Ausstattungsgegenstände angesetzt werden.

Indirekte Ausgaben

Hierunter fallen sowohl Personal- als auch Sachkosten für die Projektadministration. Bei den Personalkosten sind die Ausgaben für anteiliges Verwaltungspersonal

sonal wiederum auf Arbeitgeberbruttobasis zu kalkulieren. Bei den allgemeinen Verwaltungsausgaben sind die Kostenansätze genau projektbezogen zu kalkulieren. Wo dies nicht möglich ist, können die Verwaltungsausgaben plausibel nach Aufteilungsschlüsseln auf die verschiedenen Geschäftsbereiche oder Projekte des Trägers aufgeteilt und dann anteilig dem beantragten ESF-Projekt zugeordnet werden. Schließlich sind in dieser Ausgabengruppe auch die Mieten für die projektnotwendigen Räume anzusetzen, bei Mehrfachnutzung von Räumen auch wieder anteilig.

Förderhöhe

Die ESF-Förderung wird grundsätzlich als Anteilsfinanzierung zur Projektförderung geleistet. Anteilsfinanzierung bedeutet, dass ein prozentualer Anteil an einer für zuwendungsfähig erklärten Gesamtkostenhöhe als Förderung gezahlt wird. Beim ESF werden in Niedersachsen im Rahmen der ZIEL 3-Förderung maximal 45 % als Zuschuss gezahlt und im Rahmen der Ziel 2-Förderung maximal 50 %. Diese Förderquote (Interventionssatz) variiert je nach der konkreten Projektkalkulation sehr stark und muss sich innerhalb einer bestimmten programmspezifischen Bemessungsgrenze bewegen. Dabei handelt es sich keinesfalls um eine Pauschale wie bei einigen anderen Förderinstrumenten. Die konkrete Förderquote eines Projektes ist u. a. abhängig von der Qualität des Projektes und von der Ausschöpfung anderer möglicher Finanzquellen.

Qualität und Förderhöhe

Die Bemessungsgrenze steckt einen Rahmen ab, innerhalb dessen sich die Aufwendungen und damit auch die Leistungen eines Projektes bewegen. Da innerhalb eines Einzelprogramms auf Grundlage einer einzigen Förderrichtlinie eine Vielzahl von sehr verschiedenen Projekten durchgeführt werden, ermöglicht die Bemessungsgrenze eine sehr viel flexiblere Betrachtung und Genehmigung der Aufwendungen eines Projektträgers. Projekte, die aufgrund ihrer Zielgruppe einen höheren Betreuungsschlüssel für die TeilnehmerInnen benötigen können mehr Fördermittel erhalten als andere. Projekte, die eine zusätz-

liche Kinderbetreuung für eine erfolgreiche Durchführung voraussetzen, können pro Kopf eine höhere Fördersumme beantragen.

Faustformel "Lebensunterhalt plus ESF"

In der Praxis der ESF-Förderung hat sich bei den meisten Projekten die Faustformel "Lebensunterhalt plus ESF" herauskristallisiert. Dies bedeutet, dass der Lebensunterhalt der Teilnehmenden vom gesetzlichen Kostenträger oder z. B. über bezahlte Freistellung vom Unternehmen gesichert ist und als Kofinanzierung von diesen bestätigt wird. In den meisten Fällen wird damit ein mindestens 55%iger Anteil an den Gesamtausgaben aufgebracht. Die Qualifizierungskosten im engeren Sinne (Bildungspersonal, Verbrauchsgüter, Indirekte Ausgaben) können dann vollständig über die ESF-Förderung finanziert werden, ohne die maximale 45%ige Höchstförderung zu überschreiten. Allerdings sind hier neue Bestimmungen der EU (Verordnung über Ausbildungsbeihilfen vom 12.01.01) zu beachten, deren Umsetzung noch aussteht. In einigen Fällen reicht die Gegenfinanzierung über den Lebensunterhalt noch nicht aus. Hier könnte die Anrechnung von EBG-Mitteln die Schwelle zu einer Ausfinanzierung der Maßnahme erreichen.

Anrechnung von EBG-Mitteln

Im o. g. Fall ist es notwendig, bei einer gegebenen Ausgabenhöhe die nationale Kofinanzierung zu erhöhen. In den Zeiten knapper öffentlicher Kassen ist es immer seltener möglich, zusätzliche freie Fördermittel für den geplanten Zweck einzuwerben. Anerkannten Trägern nach dem NEBG ist es möglich, Mittel aus der Erwachsenenbildung zur Kofinanzierung heranzuziehen. Konkret bedeutet dies, dass z. B. eine Pädagogische Mitarbeiterin oder eine Pädagogische Mitarbeiterin für die Projektleitung eines ESF-Projektes zuständig ist. Der Stellenanteil, der für diese Projektleitung vorgesehen ist, wird zur Kofinanzierung herangezogen und im Finanzplan unter "Landesmittel" eingesetzt. Die Einzelheiten dieser Regelung sind mit der Verwaltungsstelle des Niedersächsischen Bundes für Freie Erwachsenenbildung abgestimmt und können

dort – soweit nicht schon bekannt – erfragt werden.

Berücksichtigung von Einnahmen

Einnahmen aus dem Projekt (Teilnehmerbeiträge, Verkäufe von Leistungen) können nicht zur Kofinanzierung der ESF-Mittel herangezogen werden. Gleichwohl können sie zur Deckung der zuwendungsfähigen Ausgaben dienen. Dies klingt etwas schwierig, kann aber an einem Beispiel erklärt werden. Wenn bei einem Projekt mit DM 500.000,- zuwendungsfähigen Gesamtausgaben DM 100.000,- an Einnahmen anfallen, so werden diese Einnahmen erst von den Gesamtausgaben abgezogen. Die Förderquote des ESF wird erst danach ermittelt und beträgt maximal DM 180.000,- an ESF-Mitteln (max. 45 % von DM 400.000,-).

Spezielle der Finanzierung von ESF-Projekten

Hin und wieder gelingt es ESF-Projekten Sonderfälle der Kofinanzierung zu realisieren. Auch hierfür zwei Beispiele. Im einen Fall hatte ein Landkreis private Mittel von Wirtschaftsunternehmen für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eingeworben und in seinen Haushalt eingestellt. Bei einer Maßnahme zugunsten von langzeitarbeitslosen Sozialhilfebeziehenden wurden diese Mittel als Teil der Kofinanzierung eingestellt und als "Kommunale Mittel" ausgewiesen. Im zweiten Fall gelang es dem Träger, Mittel der Kirche für eine Projekt zugunsten von Arbeitslosen einzuwerben und als "Sonstige öffentliche Mittel" auszuweisen.

Die Landeshaushaltsordnung und die Allgemeinen Nebenbestimmungen

Die ESF-Förderung wird auf der Grundlage der Landeshaushaltsordnung (LHO) und der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung oder für Gebietskörperschaften (AN-Best-P oder ANBest-GK) realisiert. Diese beiden haushaltsrechtlichen Grundlagen enthalten eine Reihe von Bestimmungen, deren sorgfältige Einhaltung den Projektträgern nur ans Herz gelegt werden kann. Aus der Fülle der Vorschriften seien hier drei wichtige genannt. Das "Verbot des vorzeitigen Maßnahmebeginns"

regelt, dass ohne einen ausdrücklichen schriftlichen Bewilligungsbescheid oder eine Ausnahme vom o. g. Verbot eine Maßnahme nicht beginnen darf oder Ausgaben für die Maßnahme getätigt oder begründet werden dürfen. Das "Besserstellungsverbot" regelt, dass Projektträger ihre Bediensteten grundsätzlich finanziell nicht besser stellen dürfen als vergleichbare Landesbedienstete. Die "Mitteilungspflichten" verpflichten den Zuwendungsempfänger zur unverzüglichen Mitteilung von Änderungen im beantragten oder genehmigten Finanzierungsplan, d. h. auch bei einer Verschiebung der Kostenstruktur bei unveränderten Gesamtausgaben.

Andere EU-Programme

Neben der ESF-Förderung gibt es eine Reihe anderer Förderinstrumente der Europäischen Union, an denen niedersächsische Projektträger federführend oder als Partner beteiligt sind. Die Finanzierungssystematik, die Art der förderfähigen Ausgaben sowie die Förderhöhe unterscheiden sich teilweise grundsätzlich von den für die ESF-Förderung in diesem Artikel dargestellten Prinzipien. Für diese anderen Förderinstrumente gibt es i. d. R. speziell zuständige Beratungs- und Serviceeinrichtungen, an die der Verfasser auf Nachfrage gern verweist.

Fortbildungsreihe 2001

für MitarbeiterInnen in der Flüchtlingsarbeit

Leitthema:

Auswirkungen europäischer Migrationspolitik auf die soziale Lebenssituation von Flüchtlingen und MigrantInnen

Tagungsort:

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Hannover-Stadt,
Marienstraße 22, 30449 Hannover

Zeit:

jeweils 10.00 bis 16.00 Uhr

Themenübersicht:

- 20.03.01** **“Neue Grenzen in Zentral- und Osteuropa – Folgen des EU-Beitritts Tschechens, Polens und Ungarns auf die Lebenswirklichkeit der EinwanderInnen”**
Referent: Dominique John, *Forschungsgesellschaft Flucht und Migration e.V. (ffm), Berlin*
- 19.06.01** **“Bedrohung für Europa? – Rahmenbedingungen der Migrationspolitik in Spanien versus Lebenswirklichkeit der dort lebenden EinwanderInnen**
Referentin: Isabel Basterra, *DGB Bundesvorstand*
- 18.09.01** **“Ein Land in Bewegung – Ursachen der Flucht innerhalb und aus der Türkei und Wanderungsbewegungen**
Referent: Oguzhan Müftüoğlu, *freiberuflicher Wissenschaftler und Politiker, Ankara/Türkei*
- 04.12.01** **“Die Isolation der russischen Enklave Kaliningrad – EU-Erweiterung und ihre Auswirkungen auf die dortigen Lebensverhältnisse**
Referentin: Barbara Eßer, *Universität Bielefeld*

Teilnehmerzahl: max. 20

Teilnahmegebühren: keine

Leitung: Anke Egblomassö, Norbert Grehl-Schmitt

Anmeldung an:

Caritasverband f.d. Diözese Osnabrück e.V.

Referat Migration/Ausländische Flüchtlinge

Norbert Grehl-Schmitt

Johannisstraße 91, 49074 Osnabrück

Fax: 0541-341-991 Tel.: 0541-341-78

eMail: Ngrehl-Schmitt@caritas-os.de

Niedersachsen und die Slowakei – eine Partnerschaft

VON UTE MAGOULAS-FRAHM*

Niedersächsische Volkshochschulen und ihr Landesverband haben, vorbereitet durch mehrjährige Arbeitsbeziehungen zum Beispiel der Volkshochschule Braunschweig und eingebunden in ein bundesweites Entwicklungsprojekt, eine Partnerschaft mit der Slowakei aufgebaut.

Im Rahmen des Projektes "Förderung der Erwachsenenbildung in den Ländern Mittel- und Osteuropas" kooperiert das internationale Institut des Deutschen Volkshochschulverbandes (IIZ/DVV) mit der Akademia Vzdelavania, die ihren Hauptsitz in Bratislava hat und 35 Nebenstellen im Lande unterhält. Die Bildungsakademie ist ebenso wie der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) in Deutschland die größte und älteste Institution für Erwachsenenbildung in der Slowakischen Republik. Sie ist ein nicht-staatlicher, offener, gemeinnütziger Verband, der historisch von den gleichen Traditionen der Volksbildung ausging wie der DVV.

In den 35 Nebenstellen der Akademie unterrichten ca. 2000 Lehrerinnen und Lehrer sowie Kursleiterinnen und Kursleiter. Das Angebot umfasst zu 60% Kurse der beruflichen Bildung in Weiterbildung und Umschulung, die in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt oder auch ansässigen Unternehmen geplant und durchgeführt werden. Der Sprachenbereich hat einen Anteil von 30%. Den Schwerpunkt bilden die Kursangebote für Englisch, zweite Sprache ist Deutsch. In nur geringem Maße finden Kurse zur "Interessensbildung" (politische Bildung und Hobbys) statt.

Derzeit konkurrieren die Einrichtungen der Bildungsakademie mit einer Vielzahl von Anbietern – ca. 8000 Einrichtungen landesweit –, die qualitativ sehr un-

terschiedlich arbeiten. Die Bildungsakademie ist in einer offiziellen Kommission des Schulministeriums, die mit der Ausarbeitung gesetzlicher Akkreditierungsregelungen für die Einrichtungen der Erwachsenenbildung befasst ist, vertreten. Die Anerkennung der Einrichtungen wird umfassen:

- Inhalte der Bildungsarbeit
- Pädagogische Dokumentation
- Nachweis und Dokumentation des pädagogischen und nebenberuflichen Personals
- Dokumentation der Unterrichtsmaterialien

Die Erwachsenenbildung der Slowakei erfährt keine öffentlichen finanziellen Zuwendungen. Auch in Zukunft wird damit nicht zu rechnen sein.

Die praktische Zusammenarbeit von deutschen und slowakischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung konnte im Oktober 2000 konkret eingeleitet werden. Das IIZ/DVV hatte den Landesverband der Volkshochschulen Niedersachsen e.V. gebeten, die Arbeit der Bildungsakademie zu unterstützen und Kooperationen mit Volkshochschulen auf den Weg zu bringen. Die Reise einer Delegation (hauptberufliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Volkshochschulen und des Landesverbandes) zur Zentrale der Bildungsakademie und einigen ihrer Nebenstellen fand in der Zeit vom 1.10. – 6.10.00 statt und führte nach einem zweitägigen Aufenthalt in der Hauptstadt Bratislava in die verschiedenen Provinzen mit ihren jeweiligen Nebenstellen, wo die Gruppe über die derzeitige Arbeit und die zukünftigen Planungen ausführlich unterrichtet wurde. Der inhaltliche Austausch wurde dann in einem dreitägigen Seminar in der Hohen Tatra vertieft und führte zu ersten konkreten Arbeitsvereinbarungen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Akademie, der Geschäftsstelle des Landesverbandes und den Volkshochschulen wird sich auf die Bereiche Sprachen, Bürgerliche (politische) Bildung und Gesundheitsbildung, Berufliche Bildung und EDV sowie EU-Projekte beziehen.

Im Sprachenbereich sind Absprachen über die Durchführung fachmethodischer und didaktischer Praktika in Deutschland für Englisch- und Deutsch-Dozenten geplant, die dann in der Slowakei als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wirken können. Möglicherweise finden sich Interessentinnen und Interessenten, die Deutschkurse in Sommerschulen der Slowakei durchführen werden. Zusätzlich sollen unterrichtspraktische Seminare für Deutsch- und Englisch-Lehrkräfte in der Slowakei in zentralen Orten veranstaltet werden.

Thematische Anregungen für die Bereiche Politische Bildung und Gesundheitsbildung sind zwar gefragt, stehen aber in der Programmplanung zurück, da vorrangig auf das Problem der Arbeitslosigkeit mit den entsprechenden Maßnahmen der Weiterbildung und Umschulung reagiert werden muss. Deshalb ist es auch wesentlich, Berufsabschlüsse und Qualifikationen im EDV-Bereich abzustimmen und ihre europaweite Gültigkeit zu sichern. Dazu wurde eine Vereinbarung zur Einführung des Europäischen Computerpasses Xpert in der Slowakei geschlossen.

Um die Arbeit zu vertiefen und ihr auch in Niedersachsen eine Basis zu geben, bieten mehrere Volkshochschulen Vorträge oder Bildungsurlaube zum Rahmenthema "Die Slowakei auf dem Wege nach Europa" an. Slowakische Kolleginnen und Kollegen sind Anfang Mai Gäste der beteiligten niedersächsischen Volkshochschulen und des Landesverbandes.

* Mitarbeiterin des LV der Volkshochschulen

Südosteuropa als Thema der Volkshochschulen

VON GUNDULA FRIELING*

Auf der Homepage des Auswärtigen Amtes ist nachzulesen: "Ziel der Südosteuropapolitik der Bundesregierung ist die langfristige und nachhaltige Stabilisierung der Gesamtregion. Sie genießt für die Bundesregierung weiterhin höchste Priorität, da die Region zu Europa gehört und die Ereignisse dort uns unmittelbar berühren – nicht nur in Form von Flüchtlingsströmen."

Die absolute Priorität, die hier konstatiert wird, scheint die Gesprächsthemen der bundesrepublikanischen Bevölkerung (noch) nicht erreicht zu haben. Was wissen wir schon von dieser Region, von den Ereignissen dort, von denen es heißt, daß sie uns unmittelbar berühren? – Sicher, da gab und gibt es die regelmäßigen Nachrichten über gewalttätige Auseinandersetzungen, über Demonstrationen, Wahlen und Wahlergebnisse, nicht zuletzt über erfolgreiche Etappen auf dem Weg zu Demokratie, wie jüngst in Jugoslawien. Aber über diese Ereignisse hinaus bietet unsere an Krisen orientierte Berichterstattung herzlich wenig Information. Über den Alltag von Menschen, die an den Folgen des Krieges, an ethnischen Konflikten und der Zerstörung ganzer Wirtschaftszweige leiden, wissen wir wenig, und von ihren tatkräftigen Bemühungen um Verständigung, Demokratisierung und Aufbau so gut wie nichts. Wenn aber die Rede vom Zusammenwachsen in Europa ernst gemeint ist, es nicht nur um die Angst vor Flüchtlingsströmen gehen darf, sondern um unsere europäische Nachbarn, sollten wir uns dann nicht mehr interessieren? Davon handelt dieser Bericht.

Volkshochschulen engagieren sich

Unter dem Motto "Südosteuropa – Volkshochschulen engagieren sich für

* Mitarbeiterin des Institutes für Internationale Zusammenarbeit des DVV

Demokratie, Entwicklung und Verständigung" stand eine Tagung, die das Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes (DVV) in Kooperation mit dem Thüringer Volkshochschulverband e.V. vom 8. bis 10. November durchführte. 70 Erwachsenenbildner aus den Partnerorganisationen des IIZ/DVV in Südosteuropa und den deutschen Volkshochschulen kamen in Jena zusammen, um Kontakte zu knüpfen, konkrete Partnerschaftsprojekte zu planen und Konzepte für eine stärkere Integration des Themas Transformation in das VHS-Angebot zu erarbeiten.

In sieben Länderforen (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, FR Jugoslawien, Kroatien, Mazedonien und Rumänien) schilderten die Kolleginnen und Kollegen aus den Projekt- und Koordinierungsbüros des IIZ/DVV in Südosteuropa ein lebendiges Bild von ihrem Alltagsleben und von den Herausforderungen und Schwierigkeiten, denen sie täglich als Erwachsenenbildner gegenüberstehen. Obwohl unsere Nachbarn in der Balkanregion auf eine lange Tradition von Erwachsenenbildung zurückblicken können, fehlen ihnen heute vielerorts die grundlegendsten Ressourcen, ganz zu schweigen von den rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für ihre Arbeit. Die Projekte des IIZ/DVV im Bereich der Erwachsenenbildung in Südosteuropa verstehen sich daher als Beiträge zum Wiederaufbau und zur Verbesserung des Bildungsangebots. Sie zielen ebenso auf die Verbesserung der Existenzbedingungen wie auf die Förderung der Partizipations- und Dialogfähigkeit der Bevölkerung.

Die Frage, wie langfristige Kooperationen und gemeinsame Projekte zwischen Volkshochschulen und südosteuropäischen Erwachsenenbildungseinrichtungen aussehen könnten, stand im Mit-

telpunkt des zweiten Teils der Tagung. Dazu wurde ein Potpourri von Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt, das unterschiedlichste Handlungsfelder für potentielle Partner eröffnet. Daß es bei all diesen Optionen aber um einen gleichberechtigten Dialog zwischen Partnern gehen muß, und auch die Bundesrepublik Deutschland vor dem Hintergrund der nachhaltigen Entwicklung eine lernende Gesellschaft ist, darüber waren sich alle einig. Die Notwendigkeit des Voneinander-Lernens wurde vor allem durch das Stichwort der "Agenda-Partnerschaften" unterstrichen.

Neben dieser Frage ging es in einer weiteren Arbeitsgruppe auch darum, das Thema der "Transformation" stärker in die Angebote von Volkshochschulen zu integrieren und mögliche Konzepte dafür zu erarbeiten. Nach dem best-practice-Prinzip stellten Kolleginnen und Kollegen dar, wie sie aus Partnerschaftsprojekten heraus Programmangebote entwickelt hatten.

Die Arbeit in den Länderforen und Arbeitsgruppen wurde ergänzt und bereichert durch einige Vorträge und Impulse: Da war zunächst der Eröffnungsvortrag von Norbert Winterstein, Bosnien- und Kosovo-Beauftragter der Hessischen Landesregierung und Mitarbeiter im Team von Hans Koschnik: Ohne Übertreibung kann man sagen, daß Herr Winterstein es durch seinen ausgesprochen lebendigen, mit anschaulichen Erlebnissen und authentischen Erfahrungen durchsetzten Vortrag über "Wege zu Demokratie und Frieden in Südosteuropa" vermochte, die Tagung in seinen Bann zu ziehen und ihr einen kompetenten und engagierten Einstieg ins Thema zu eröffnen. Auch die von Christian Wilmsen (Referatsleiter für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit im Bundesministerium für wirtschaftliche

Zusammenarbeit und Entwicklung) vortragenen acht Thesen zu entwicklungs- politischen Wissens- und Meinungsmustern in der deutschen Öffentlichkeit“ wurden von den Teilnehmenden mit großem Interesse aufgenommen und im Hinblick auf ihre Kenntnis der Situation in Südosteuropa diskutiert. Monika Mott vom Kulturkontakt Austria gab den Teilnehmenden viele hilfreiche Erläuterungen und Informationen zur “Rolle der Bildung im Stabilitätspakt”. Diskutiert wurde vor allem darüber, daß die Erwachsenenbildung zwar in unterschiedliche Handlungsfelder integriert sei, darüber hinaus aber keine eigenständige (bildungspolitische) Rolle spiele. Den Abschluss der Tagung bildete ein Podiumsgespräch, in dem noch einmal die ethnischen Konflikte und wirtschaftlichen wie sozialen Probleme der Region im Vordergrund standen. Unter der Leitung von Christian Schmidt-Häuer, Die ZEIT, wurde die Frage “Welche Politik für Südosteuropa?” auch im Hinblick auf das Instrumentarium des Stabilitätspaktes kontrovers diskutiert.

Ein Auftakt für die weitere Praxis

Die Tagung verstand sich als ein Auftakt, mit dessen Hilfe das Thema im Kontext von Volkshochschularbeit ein größeres Gewicht gewinnen sollte. Inzwischen sind tatsächlich einige erfolgversprechende Kooperationen initiiert worden und das Interesse an einem langfristigen Fachaustausch scheint geweckt. Auch im Hinblick auf die Integration des Themas in die Bildungsangebote von Volkshochschulen gibt es einen fächerübergreifenden Interesse. Hier stellt sich allerdings noch die Frage nach dem Wie. Brauchen wir eher eine Handreichung, die die Aufnahme des Themas erleichtert? Oder ist doch eine groß angelegte “Bildungskampagne für Europa” vonnöten, die in der Lage wäre, ein Bewußtsein für den europäischen Integrationsprozess insgesamt zu schaffen? Diese und weitere ähnliche Fragen wurden in einem Workshop, der im Februar in Hamburg stattfand, intensiv diskutiert. Auf Initiative der Arbeitsgemeinschaft der nördlichen Volkshochschulverbände und in Zusammenarbeit mit dem IIZ/DVV trafen sich dort 25 Mitarbeitende aus Volkshochschulen und Landesverbänden, die zum

einen über bereits bestehende Länderschwerpunkte diskutierten, zum anderen aber auch nach Hilfestellungen für die projektierte Arbeit suchten. Vorläufiges konkretes Ergebnis des Workshops war die Bitte an das IIZ/DVV, einen Informationspool zu erarbeiten, mit dessen Hilfe Südosteuropa-Institutionen, Museen u.ä. genauso abgefragt werden könnten wie potentielle Referenten und aktuelle Länderinformationen. Das IIZ/DVV wird das Thema weiter verfolgen und auch noch eine Tagung zu dieser Region anbieten.

Was ist das IIZ/DVV?

Das Institut für Internationale Zusammenarbeit (IIZ/DVV) arbeitet als Institut des Deutschen Volkshochschulverbandes seit annähernd 30 Jahren im Bereich der entwicklungsorientierten Erwachsenenbildung. Es kooperiert mit staatlichen, zivilgesellschaftlichen und universitären Partnerorganisationen der Erwachsenenbildung in fast allen Teilen der Welt.

Die Leitlinien des IIZ/DVV betonen

- die orientierende und qualifizierende Funktion der Erwachsenenbildung als Bestandteil des lebenslangen Lernens,
- ihre emanzipatorische Bedeutung für die gesellschaftliche und individuelle Entwicklung,
- die historische Bedingtheit und kulturelle Prägung ihrer Ziele, Inhalte, Formen und Methoden,
- die letztlich moralisch begründete Solidarität mit den Entwicklungsbestrebungen der Menschen in den Partnerländern,
- die fachliche Qualität der Zielsetzung, die in einer partnerschaftlichen und kooperativen Zusammenarbeit anzustreben ist.

Inhaltliche Schwerpunkte der entwicklungsorientierten Erwachsenenbildung liegen in der Grund-, Umwelt- und Demokratiebildung, besondere Ziele dabei sind Armutsbekämpfung, Frauenförderung und Selbsthilfestärkung. Die Kooperationsprojekte mit den Partnern streben Einkommensverbesserungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen an, richten sich auf die Integration von Menschen in Arbeitsprozesse und stärken die Arbeit in Kooperativen.

Die Arbeit des IIZ/DVV wird vor allem aus Zuwendungen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, des Auswärtigen Amtes sowie der Europäischen Union finanziert. Es versteht sich selbst nicht als Geberorganisation sondern als Fachpartner, der Erfahrungen und Ressourcen in gemeinsame Vorhaben mit einbringt und stets von den Partnern lernt. Seine Projektarbeit

- betont die Aus- und Fortbildung von Erwachsenenbildnern,
- ermöglicht praxisorientierte Evaluation und Forschung,
- fördert die Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien,
- unterstützt die institutionelle und materielle Infrastruktur,
- leistet Beratung bei Prozessen der Organisationsentwicklung,
- trägt zur Anerkennung und Absicherung der Erwachsenenbildung bei,
- pflegt die Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Organisationen.

War die entwicklungsbezogene Erwachsenenbildung zunächst auf die Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Lateinamerika konzentriert, so stellten sich für das IIZ/DVV seit Anfang der 90er Jahre neue Aufgaben und Herausforderungen durch die Veränderungen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und den fortschreitenden europäischen Einigungsprozeß, die durch entsprechende Länderprojekte und seit kurzem durch das Regionalprojekt “Erwachsenenbildung in Südosteuropa – Beiträge zu Demokratie, Stabilität und Entwicklung” wahrgenommen werden.

Zusätzlich zur Entwicklungszusammenarbeit mit weltweiten Partnern ist das IIZ/DVV daran interessiert, die Erfahrungen und Kenntnisse aus dieser Arbeit auch an die Volkshochschulen in der Bundesrepublik Deutschland weiterzugeben. Als Institut des Volkshochschulverbandes richtet es sich an das Netzwerk der 16 Landesverbände sowie an die etwa 1.000 deutschen Volkshochschulen. Mit einem im IIZ/DVV angesiedelten Projekt wird versucht, die entwicklungsbezogene Bildung im Volkshochschulbereich zu fördern.

Europäische Bildungspartnerschaft zum Thema Agenda 21 mit Partnern in Portugal und Ungarn

Orts- und Bürgerpartnerschaften im Sinne der Agenda 21

HEINZ - JURGEN AHLERS*

Die Projektidee

Die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 ist eine konkrete Aufgabe, in der sich Bürger in den Kommunen einbringen können. Ihre Idee zur Entwicklung von Ökologie, Ökonomie und sozialem Engagement ist eine auch eine zentrale Aufgabe in und für Europa. Die LEB betreut jetzt seit 2 Jahren – gemeinsam mit dem örtlichen Freizeit- und Kulturkreis Bokel-Augustfehn – ein Pilot-Projekt der Lokalen Agenda 21 und hat hier erfolgreich eine Bürgeraktivierung eingeleitet. Dieser Prozeß soll auf andere Europäische Gemeinden übertragen werden (Transfer von Know-how).

Neben den bestehenden Kontakten zu Salir (Portugal), gibt es seit Mai 2000 auch erste Projektideen mit Partnern in Ungarn.

Das angedachte Verbundsystem von parallelen Bildungsinitiativen ("Bürgerschulen") in Europäischen Landgemeinden kann konkret aufzeigen, wie auch kleinere Gemeinde Europas partnerschaftlich zusammenarbeiten können.

Durch die lokale Anbindung können –

* pädagogischer Mitarbeiter der LEB Niedersachsen

zeitlich parallel in den drei Ländern – Bürger Ideen zur Ortsentwicklung umsetzen und gleichzeitig Qualifizierungshilfe in den Bürgerschulen in Anspruch nehmen.

So zeigen z. B. die (wieder) genutzten Schul-/Seminargebäude in allen drei Landregionen den besonderen Stellenwert des "lebenslangen" Lernens auf und sind entwickeln sich damit zu – gänzlich neuen ! – Schulen für Europäische Bürger.

Die LEB arbeitet mit vielen kleinen Landgemeinden und Vereinen/Verbänden in Niedersachsen in Fragen der Erwachsenenbildungsarbeit zusammen. Diese kleineren Gemeinden und lokalen Vereinigungen haben bisher nur selten Kontakte in Europäische Partnerländer. Das wäre jedoch von großem Interesse, denn gerade die lokal Aktiven können sehr praktische und für die Menschen nutzbare Partnerschaftsideen in den gemeinsamen Prozeß einbringen.

Beteiligte aus Ungarn, Portugal und Deutschland

Grundlage der Arbeit bildet dabei die jeweilige Ortspartnerschaft (in traditio-

neller Form) zwischen den einzelnen Gemeinden.

Das Besondere dieser europäischen Partnerschaftsidee liegt auch darin, dass neben den (administrativen) Landgemeinden aus Deutschland, Ungarn und Portugal zwei weitere wichtige Akteure hinzukommen:

- Vereine und Verbände aus der Region, die Europäische Arbeit leisten möchten, auch ergänzt um nichtorganisierte aktive Bürger
- "Europa-Bürgerschulen", die diesen breit angelegten Aktivierungsprozeß mit vorbereiten und anschließend weiter für Koordinierungsaufgaben und europäische Bildungs- und Informationsaufgaben zur Verfügung stehen.

Die bisherigen Projekt-Beteiligten

Region Komaron / Esztergom / Bakony (Ungarn):

- sechs Gemeinden aus der Region (in unterschiedlicher Form)
- Heimat- und Musikvereine aus diesen Orten, Schule und Chöre, Bürger
- Minderheitenselbstverwaltungen aus der Region
- Pädagogische Institute
- Initiative "Bürgerschulen" in der Region Komarom/Esztergom

Region Salir und Umgebung (Portugal):

- Regionalentwicklungsgruppe IN LOCO
- Kreisgruppe Ökologischer Landwirte
- Bürgerschule Salir

Region Weser-Ems (Niedersachsen/ Deutschland):

- drei Gemeinden Berne, Bockhorn und Jade aus dem Regierungsbezirk Weser-Ems
- Augustfehn/Agenda 21 - Projekt Bürgerschule
- Interessierte Vereine (z.B. Kulturvereine und Ortsbürgervereine)

- Initiativen zum sanften Tourismus
- interessierte kleine Unternehmen und nicht organisierte Bürger

Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Projekt können in sehr unterschiedlicher Form erfolgen. Folgende wesentlichen Punkte wurden auf einer gemeinsamen Tagung mit Vertretern aus Ungarn und Portugal im Oktober 2000 in Hannover herausgestellt:

- Die Zusammenarbeit soll für alle Bürger offen sein und damit aus einem breiten Fundament heraus geschehen
- Vereine und Bürger haben einen besonderen Stellenwert in den beabsichtigten Partnerschaften
- Kultur und Fremdenverkehr können Schwerpunkte für den Austausch werden
- In der Agenda 21 sind alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens angesprochen, sie bietet damit eine Vielfalt von Vorhaben für eine zukunftsfähige und nachhaltige Zusammenarbeit. Das gilt insbesondere für Chancen in Zusammenhang mit Minderheiten in den jeweiligen Staaten. Hier können positive Beispiele z.B. aus Ungarn mit eingebracht werden.
- Engagierte Personen und Moderatoren sollen für das Vorhaben gewonnen werden
- Die beteiligten drei Gemeinden aus Weser-Ems streben eine konkrete Gemeindepartnerschaft mit drei Gemeinden in Ungarn an. Das Projekt Bürgerschule im Landkreis Ammerland bringt die Erfahrungen aus dem Prozeß der Lokalen Agenda 21/ Internationale Vernetzung mit ein.
- In Portugal/Algarve soll über die LEB-Partnerorganisation IN/LOCO eine Landgemeinde für diesen Prozeß gewonnen werden. Wegen der großen Entfernung wird hier jedoch nur eine partielle Mitwirkung möglich sein.
- Alle Kontakte sollen durch ein Arbeitsprojekt "Europäische Bürgerschulen" unterstützt und von der LEB begleitet werden.

Weitere Vorgehensweise/Planungen in 2001

- Im März 2001 wird eine Gruppe mit Vertretern aus den 3 niedersächsischen Gemeinden und dem Projekt Bürgerschule - Lokale Agenda 21 die Gemeinden und die anderen beteiligten Einrichtungen in Ungarn besuchen um die Zusammenarbeit mit den ungarischen Partnern abschließend vorbereiten.

Innovation and Qualification

Big Changes in Small Firms – A Transnational Partnership

DARAN DARGAN, SUE RUSSEL, PETER LAMPE

The project

In an ADAPTproject, which took place from 1997-2000, the Bildungswerk DAG and their partners qualified about 500 employees from small and medium-sized companies based in the Elbe-We-ser Region in North Germany.

One of the main aspects in the project was the transnational work. The following article will give the results of the transnational activities which took place.

In the course of the above-mentioned period, the following companies were involved either in a continuous or temporary exchange of ideas and information concerning their project aims, developments, success, difficulties and effectiveness:

The partners

- BWDAG Oldenburg
Peter Lampe
- inlingua Oldenburg
Daran Dargan
- AV Edge, Dublin
Leo Casey and Sue Russell
- University of Wales, Lampeter
Helen Williams
- Ineditos Viables, Barcelona
Octavio Mondelo
- Boutiques de Gestion, Paris
Marc Mery, Marie-Charlotte Menard
- Euro Strategie, Milan + Perugia
Francesco Micci
- University of Lancaster
David Willey

In the course of the different transnational meetings which took place the following companies worked on the projects on a smaller scale,

often participating on just one or two individual transnational meetings.

- Suter Dentallabor, Bremervörde
- Ajuntament de Vic, Vic, Catalonia
- UIP, Dublin
- RTE, Dublin
- IMPE, Barcelona
- Fundacio Atlas, Barcelona
- Blarney Stones Enterprises

The project brought together several companies working within the project which were able to share and pass on information about smaller-sized companies which were undergoing a relatively quick change in their size, market and hence their working patterns and environments.

From the view of the companies participating directly in the project, one can say that a transnational co-operation requires a lot of effort, and one of the problems confronted is that most of the companies mentioned had

* Daran Dargan und Sue Russel haben als freie MitarbeiterInnen im ADAPT-Projekt gearbeitet; Peter Lampe ist Päd. Mitarbeiter im Bildungswerk der DAG in Oldenburg

one person dealing with the transnational aspects of the projects, however often the responsible people had many other tasks to do and so it proved difficult to effectively implement international ideas into the individual projects, once the main meeting had taken place.

The meetings themselves were all, without exception, fruitful and it was particularly interesting to swap views

and meet companies and their workers from Germany, Ireland, England, Wales, France, Italy and Spain. It became clear that many of the companies were experiencing similar problems in growth, whereby there were sometimes regional differences within the comparisons.

Most of the co-operating transnational partners would see a good reason to continue working together on future

projects. There was a particularly good understanding between the Irish, Welsh, English and German partners with definite intent on continuing working together in the future.

The meeting took place in all of the above-mentioned cities or countries with the individual transnational partners organising themselves into different groups.

The results

Lets listen to one of the participants - Sue Russel:

1. *In your opinion which have been the most important transnational activities?*

One of the most important aspects of the Transnational Activities for the Big changes for Small Firms project was the contact with SMEs in Germany and Wales. It enabled us to make our final product truly European. AV Edge worked with the BW-DAG and the University of Wales at Lampeter from the earliest days of the project. There was a great deal of two-way communication around the aims of our project and we were able to keep our partners well informed as to our progress. The result was that when we finally came to picking SMEs to participate in the project, our Transnational Partners were able to make suitable contacts for us. In Germany we worked with Suter Dental-technik in Bremervörde, where we spent a day on location filming with them. Our Germany partners also facilitated us with any language and translation difficulties that we had. The comparison between the German SME and the Irish were very valuable for viewers and users of the pack.

The other important aspect was that we could validate the results of our own research as to the main training/change management needs of Irish companies.

The research carried out by the German partner mirrored the feedback we were getting from talking to Irish SMEs so that was very valuable in designing the themes of our programmes.

2. *Have there been any real effects resulting from the transnational work*

- a) *for your organisation*
- b) *for the participants*

The effect for our organisation is that we have established a good contact both in Wales and Germany which may lead to cooperation in other projects.

The Welsh connection lead also to contact being made with a Welsh TV production company. While nothing has come of it as yet, there may be possibilities in the future.

For our participants – the effect would only be in so far as they could see from watching the TV programmes that the kinds of problems and issues they faced were common to small business everywhere. Also the Irish companies who participated in a workshop towards the end of the project did get the chance to meet the owner of the German company so there may be other spin-offs to that meeting which we are not aware of.

3. *Would you the consider the transnational part of the project to have been effective and successful?*

Yes It was effective and successful. The main ingredient in this success was that all partners wanted to carry out some “real” work, as opposed to just meeting and talking. For example in Wales we were able to provide some location training for our Welsh partner who accompanied us on our day’s shoot. This kind of cooperation was characteristic of the partnership.

4. *Which personal experiences have you made in the course of the project? Peter I assume you me an here in relation to the Transnational end of the project rather than the project as a whole?*

I personally learned a great deal from the Transnational partnership particularly in terms of finding common ground between very diverse projects and managing to find suitable work schedules and activities when the projects were at very different stages of progress. The time lag between partners was quite difficult, for example, the Welsh project was very slow to start and this made drawing up work plans quite difficult. But it was a learning experience.

Working with a partner from another country also gives you an insight as to how systems and people work differently. For example the system for organising Education in a Trade Union context is very organised in Germany - rather more haphazard in Ireland. In Wales it was easy to identify with the difficulties they had in terms of their geographical isolation from main centres of population. Although Dublin is a capital city, Ireland has traditionally suffered from being at the periphery of the Continental mainland - although this difficulty has been largely over come now.

Finally the simple social contact between Europeans should not be underestimated and when it is linked into a real working partnership I believe that it can only enhance our understanding of each other.

apropos

- Beratung
- Supervision
- Moderation
- Trainings
- EU - Projektberatung

in den Feldern:
Erwachsenen-
bildung, soziale
Einrichtungen,
Erziehung, non profit /
non government
Organisationen

apropos
brigitte wimar
jochen
kampmeier
ritterplan 2
37073 göttingen
0551 / 44797
apropos-ka-wi@t-online.de

Arbeits

Altenpflege in Europa

VON ANDREAS BARTELS*

Die Ursprünge der Europäischen Union¹

Bevor der europäische Gedanke seinen konkreten Niederschlag in dem politischen Projekt der Europäischen Union fand und zum erklärten Ziel der Politik wurde, war er lange auf den Kreis der Philosophen und Schwärmer beschränkt: Erasmus, der vor 500 Jahren in Rotterdam geboren wurde, studierte in Paris, promovierte in Turin und lehrte mehr als ein Jahrzehnt in Cambridge. Er starb in Basel. Grenzen spielten für ihn keine Rolle.

Die sich darin widerspiegelnde Idee der Vereinigten Staaten von Europa wurde endgültig zerstört, als nach dem wirtschaftlichen und technischen Aufschwung im 19. Jahrhundert und Anfang des 20. Jahrhunderts der Nationalismus überhandnahm.

Erst aus dem Widerstand gegen den Totalitarismus im zweiten Weltkrieg entstand ein Konzept für das Zusammenleben der Europäer, das die Möglichkeit eröffnete, die nationalen Gegensätze zu überwinden.

So gelang es, die ehemaligen Kriegsgegner Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg und die Niederlande an einen Tisch zu bringen und einen Neuanfang zu versuchen. 1952 gründeten diese Staaten die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Getreu dem Motto "Wer nicht mehr frei über Energie und Stahl verfügen kann, erklärt keine Kriege" sollte Frieden in Europa geschaffen werden.

1957 wurden durch die Unterzeichnung der Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) gegründet. 1973 traten Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich, 1981 Griechenland und 1986 Spa-

nien und Portugal der Europäischen Gemeinschaft bei.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 erhöhte sich die Einwohnerzahl der Gemeinschaft um weitere 18 Millionen. 1993 wurde aus der Europäischen Gemeinschaft die Europäische Union. Durch den Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens im Jahr 1995 verfügt die Europäische Union über 370 Millionen Einwohner, eine Gesamtfläche von 3.337.000 km² und 15 Mitgliedstaaten.

Binnenmarkt und Währungsunion

Der Binnenmarkt ist für alle Europäer von großer Bedeutung. Seit 1986 werden innerhalb der Gemeinschaft keine Zölle mehr erhoben. Am 1. Januar 1993 wurde der Plan eines einheitlichen Europäischen Marktes Wirklichkeit. Die Grenzkontrollen wurden abgeschafft. Unternehmen können ihre Waren und Dienstleistungen in allen EU-Mitgliedstaaten anbieten. Aufgrund des freien Kapitalverkehrs kann man sein Geld überall in der EU anlegen. Die vielleicht wichtigste Neuerung ist, daß alle Unionsbürger überall in der EU ohne Einschränkung reisen, leben, lernen und arbeiten können.

Ansprüche aus der Renten- und Krankenversicherung, die in einem anderen Mitgliedstaat erworben wurden, gehen nicht verloren.

Aufgrund der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen können Unionsbürger auch in ihrem erlernten Beruf weiterarbeiten. Durch Bildungsprogramme wie z.B. SOKRATES und LEONARDO hilft die EU ihren Bürgern, Auslandserfahrungen zu sammeln und das gegenseitige Verständnis in der kulturellen Vielfalt Europas zu fördern.

Die logische Weiterentwicklung des Binnenmarktes ist die Wirtschafts- und Währungsunion. Im Jahre 2002 wird der

Euro eingeführt, der die nationalen Währungen ablöst.

Durch die einheitliche Währung wird es noch einfacher, in einem anderen Mitgliedstaat zu leben und zu arbeiten. Darüber hinaus entfallen Umtauschgebühren und Währungsspekulationen, und eine größere Preistransparenz dient dem Wettbewerb und dem Verbraucher.

Alt werden in Europa

Demographisches Profil

Die Ergrauung der Gesellschaft, der Altenberg, die Altenlast, die Zukunft des Generationenvertrags, die Finanzierung des Sozialstaats – das sind die Schlagworte, die die politische Debatte über ältere Menschen in den Gesellschaften Europas charakterisieren.

Wie stellt sich die demographische Entwicklung in Europa dar?

Beträgt der Anteil der über 60-jährigen nach Europa in Zahlen zur Zeit etwa 20% der Bevölkerung, so wird für das Jahr 2010 mit 23,8 % gerechnet und für 2020 mit 26,7%. Parallel dazu wird wegen der niedrigen Geburtenrate der Anteil der Jugendlichen (0 – 19 Jahre) von derzeit rund einem Viertel der Bevölkerung auf etwa ein Fünftel sinken. Die prognostizierte Abnahme des Anteils der Jugendlichen erscheint wie ein Spiegelbild der Zunahme des Anteils der Senioren im gleichen Zeitraum. Die Bevölkerungsgruppe zwischen 20 und 59 Jahren verdünnt sich von derzeit 54,9 % auf 52,9 % im Jahr 2020. Dieser EU-Schnitt variiert zwar in den einzelnen Ländern (Dänemark, Deutschland und Großbritannien altern am stärksten), der Trend läßt sich aber in allen 15 Mitgliedstaaten der EU beobachten.²

* Päd. Mitarbeiter bei ARBEIT UND LEBEN in Göttingen, Fachbereich Gesundheit und EU-Projekte

Europäische Ansätze in der Altenarbeit

Die demographische Herausforderung mit ihren Konsequenzen für die Finanzierung der Renten, für die Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften und für die Politikgestaltung stellt ein gesamteuropäisches Phänomen dar, das europäische Lösungsansätze erfordert.

Die folgenden sechs Punkte umreißen die wesentlichen Dimensionen der demographischen Herausforderung:

1. Europas Bevölkerung wird bis zum Jahr 2020 zu etwa einem Viertel aus Senioren bestehen, d.h. Menschen über sechzig, die zum größten Teil aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Die Systeme der sozialen Sicherheit stehen damit vor einer Belastung, für die sie nicht eingerichtet sind.

2. Das Rentenversicherungssystem der jeweiligen Länder wird bei einem höheren Anteil von Zahlungsempfängern bei voraussichtlich sinkender Zahl von Beitragszahlern stärker als bisher belastet. Damit wird es zu einer Erhöhung der sozialen Lasten von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und öffentlicher Hand kommen. Daraus folgen Verteilungskonflikte und Belastungen für die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Europa.

3. Mit dem steigenden Anteil an Hochbetagten mit erhöhtem Pflegerisiko werden die finanziellen Lasten, die von den Krankenkassen und Gesundheitsdiensten zu tragen sind, ebenfalls steigen. Höhere Kosten der medizinischen Versorgung entstehen aber auch durch medizinischen Fortschritt.

4. Nimmt man die Wahlbevölkerung als Ausgangsbasis, ist der Anteil der Alten noch höher als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung anzusetzen. Diese Veränderung der Struktur der Wahlbevölkerung und die möglicherweise größere Bereitschaft der (jüngeren) Senioren zur Interessenartikulation und Politikgestaltung wird die Politik in den europäischen Ländern beeinflussen. Senioren werden zumindest als Wähler in Europa stärker mitbestimmen.

5. Die Senioren erzeugen eine große Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen, da ein großer Teil der künftigen Rentnergeneration wohlhabender ist als die heutige. Es kommt zu einer Strukturveränderung der Konsumnachfrage und folglich mit Sicherheit auch des Angebots. Seien es Reisen, Freizeitdienstleistungen, soziale oder medizinische Dienste, spezielle Lebensmittel und Haushaltsgeräte oder Arzneimittel – viele Wirtschaftsbranchen werden von der Alterung der Gesellschaft profitieren. Auch die Nachfrage nach sozialen und personengebundenen Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand oder den Beitragszahlern zu tragen sind, wird anwachsen. Um sie zu decken, muß Personal ausgebildet, eingestellt und finanziert werden. Dabei ist mit ausgeprägten regionalen Unterschieden zu rechnen. Die Sozialpolitik muß durch Umstrukturierungen der Verschiebung von Gewichten dieser Entwicklung Rechnung tragen, um Verteilungsgerechtigkeit zu verwirklichen und das Sozialstaatsmodell zu sichern.

6. Das Zusammenwachsen Europas wird mit seinen direkten und indirekten Folgen zu einem Wettbewerb der sozialen Versorgungssysteme und auch der Seniorenpolitiken führen. Angesichts verschiedener Systeme der sozialen Sicherheit werden die Kosten in den jeweiligen Ländern unterschiedlich aufgebracht bzw. auf verschiedene Schultern verteilt werden. Auch die Leistungen an die Menschen variieren stark. Der Druck auf die Sozialstaatsmodelle steigt durch die verschärfte wirtschaftliche Konkurrenz im Binnenmarkt und durch die wirtschaftlichen Kriterien für die Wirtschafts- und Währungsunion. Bei der Frage der Finanzierung und der Organisation ihres Sozialsystems stehen die Länder also vor Herausforderungen, die auch wirtschaftliche Standortvor- und -nachteile betreffen.

Erfahrungen aus anderen Ländern werden sich auf die politische Diskussion auswirken. Die erwartete höhere Mobilität der Erwerbstätigen und der Ruheständler, die den Platz an der Sonne suchen, erfordert verstärkte europäische Zusammenarbeit.

Auf der Suche nach praxisnahen Lösungsansätzen könnten die folgenden Aktivitäten einen Beitrag leisten:

- Internationale Begegnungen in der Altenarbeit (Senioren und Fach- und Führungskräfte in der Altenpflege/Altenhilfe) zum Kennenlernen der jeweiligen regionalen Versorgungsstrukturen und der Rahmenbedingungen der Altenarbeit in Europa.
- Entwicklung europäischer Partnerschaften von Akteuren in der Altenarbeit: z.B. ein deutsches Altenpflegeheim kooperiert mit Altenpflegeheimen in England und Dänemark und tauscht sich hinsichtlich qualitätssichernder Maßnahmen in der stationären Altenpflege aus.
- Europäische Workshops zu berufsrelevanten Themen: z.B. EDV in der Altenpflege, Instrumente zur Einstufung der Pflegebedürftigkeit in Europa.

Es bleibt zu hoffen, daß die Europäer die mit der demographischen Herausforderung verbundenen Chancen nutzen und mit Hilfe diverser Europäischer Aktivitäten eine vorausschauende Seniorenpolitik durch Austausch von Erfahrungen und konzeptioneller Arbeit gestalten. Europäisierung in diesem Sinne bedeutet, daß Koordinierung und Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen stattfindet und eine Katalysatorwirkung entfaltet und Synergieeffekte für die eigene Seniorenarbeit bewirkt.

Anmerkungen

- 1 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Europa 2000 – Die Europäische Union, Köln 1998
- 2 Europa in Zahlen, Luxemburg (Eurostat) 1993, S. 81

Ausbildungsprogramme für Pflege- und Sozialberufe aus anderen Ländern kennenlernen!

VON ANDREAS BARTELS*

Die sozialen Versorgungssysteme in Europa stehen aufgrund der EU-weit sichtbaren demographischen Entwicklung vor gewaltigen Strukturveränderungen, die bereits jetzt nachhaltigen Einfluß auf die jeweiligen nationalen Ausbildungssysteme im Sozial- und Gesundheitswesen haben.

Von daher haben bereits einige EU-Länder (z.B. Niederlande, Dänemark, Vereinigtes Königreich) erfolgreich eine Reform ihres Ausbildungssystems im Sozial- und Gesundheitswesen vorgenommen, die sich wie folgt charakterisieren läßt:

Ausbildung zu Generalisten bei gleichzeitiger Stufenausbildung

In Deutschland befinden sich derartige Reformbemühungen noch am Anfang.

Sowohl die Qualifizierungen in der Pflege als auch für den therapeutischen Bereich erfolgen noch weitgehend separat und gewährleisten bisher weder eine vertikale noch eine horizontale Durchlässigkeit.

Vor diesem Hintergrund hat die Fachschule für Altenpflege der Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN in Göttingen gemeinsam mit niedersächsischen und hessischen Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen (Altenheime, Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen) sowie der Bundesarbeitsgemeinschaft der LehrerInnen für Pflegeberufe Niedersachsen und der Ergotherapieschule Lippoldsberg im Rahmen des EU-Bildungsprogrammes Leonardo da Vinci II erfolgreich einen Antrag für das Mobilitätsprojekt Netzwerk Berufsbildender Schulen im Sozial- und Gesundheitswesen für Ausbilder gestellt, das einen nationalen und einen europäischen Arbeitsschwerpunkte umfaßt:

- Im Nationalen Projektanteil soll ein realistischer Entwurf für ein Vermittlungsprogramm für Erstauszubildende entwickelt und ein Konzept für ein integratives Ausbildungsmodul erarbeitet und mit den nationalen und europäischen Partnern und den nationalen Ministerien und Aufsichtsbehörden im Hinblick auf eine Erprobung abgestimmt werden.
- Im Europäischen Projektanteil werden im Laufe des Projektes vier einwöchige Ausbilderaustausche mit Partnereinrichtungen im Vereinigten Königreich, Finnland, der Tschechischen Republik und den Niederlanden durchgeführt, um an der Praxis orientierte Anregungen für die Einführung integrativer gestufter Ausbildungsgänge im Sozial- und Gesundheitswesen im Hinblick auf eine Europäische Anschlussfähigkeit des deutschen Berufsbildungssystems zu bekommen.

Erfahrungen im Vereinigten Königreich

Zehn Ausbilder aus Niedersachsen besuchten in der Zeit vom 2. – 8. Oktober 2000 eine Fachhochschule im englischen Canterbury.

Sie informierten sich am Christ Church University College über das dortige Ausbildungssystem und besuchten Einrichtungen in der Grafschaft Kent, um einen Eindruck von der praktischen Arbeit vor Ort zu gewinnen.

Darüber hinaus konnten die deutschen Ausbilder am Unterricht teilnehmen, um die dortigen Lehr- und Lernformen mit denen in Deutschland vergleichen zu können.

Resümierend läßt sich im Ausbildungsvergleich zu Deutschland eine Struktur beschreiben (siehe Abbildung).

Eine wesentliche Erkenntnis der deutschen Teilnehmer bestand insbe-

sondere darin, daß auch in England nicht alle Pflegekräfte und Ergotherapeuten akademisch ausgebildet werden. Während an den Colleges wie in Canterbury die jeweilige Ausbildung als Higher Education angeboten wird, gibt es darunter ein niedrigschwelliges Qualifizierungskonzept, das NVQ-Programm (National Vocational Qualification; zu deutsch etwa: Nationale Berufsqualifizierung). Dieses Programm qualifiziert berufsbegleitend auf unterschiedlichen, aufeinander aufbauenden Niveaus, sogenannten Levels, von der Stufe 1 – 5, mit Übergangsmöglichkeit in das Higher Education-System.

Über die berufspolitischen und -pädagogischen Aspekte hinaus beinhaltete der Aufenthalt in der traditionsreichen Stadt Canterbury auch einen kulturell-historischen Teil. So konnte die deutsche Gruppe an einer Stadtführung teilnehmen und die Kathedrale besichtigen, die als Ausgangspunkt der Christianisierung Britanniens anzusehen ist. Noch heute residiert der Erzbischof der anglikanischen Kirche in Canterbury!

Nach erfolgter Auswertung des Aufenthaltes im Vereinigten Königreich stehen im Jahre 2001 Aufenthalte im finnischen Turku (Süd-Finnland) und im tschechischen Znojmo (Süd-Mähren) an.

Das Projekt wird während eines Besuchs in der nordholländischen Provinz Groningen im Jahre 2002 abgeschlossen.

* Päd. Mitarbeiter bei ARBEIT UND LEBEN in Göttingen, Fachbereich Gesundheit und EU-Projekte

Licence to click

Europäische Standards für Computerkompetenz

VON OLAV OVERLAND*

Stellen Sie sich doch einmal vor, sie sollten sich heute bewerben, werden zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen und dort werden sie nach ihren EDV-Kenntnissen gefragt. Was antworten sie? Dass sie schon länger mit Word arbeiten und auch mal mit Excel eine Tabelle bearbeitet haben? Und dass sie eine Präsentation erstellt haben? Sie können das alles, aber wer glaubt es ihnen?

Oder: Sie suchen eine neue Kollegin oder einen neuen Kollegen für ihr Unternehmen, die/der mit den Grundlagen der Informationstechnologie vertraut ist, gute Betriebssystemkenntnissen hat, eine Textverarbeitung, eine Tabellenkalkulation, ein Präsentationsprogramm, ein Datenbankprogramm bedienen sowie Emails versenden und produktiv im Internet surfen kann.

Gut ist ein anerkannter Nachweis, der im ersten Fall die vorhandenen Kenntnis-

se belegt, im zweiten Fall den potentiellen Arbeitgeber darin absichert, wirklich die Kenntnisse einzukaufen, die er erwartet.

Ein solcher Nachweis ist der ECDL, der Europäische Computerführerschein (European Computer Driving Licence). Er wurde entwickelt, um Qualität in der europäischen Welt der Computerbedienung sicherzustellen und vergleichbare Standards einzuführen. Wer die sieben Teilprüfungen des ECDL erfolgreich ablegt und am Ende die SkillsCard in der Hand hat, kann Computerkompetenz rundum belegen.

Der ECDL richtet sich sowohl an interessierte Privatpersonen wie an Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die im Rahmen der innerbetrieblichen Personalentwicklung ihres Unternehmens oder innerhalb von Qualifizierungsangeboten zur beruflichen Fortbildung ihre EDV-Kenntnisse erweitern und zertifizieren lassen wollen.

In allen großen Städten Deutschlands gibt es inzwischen autorisierte

ECDL-Prüfungszentren, die zwei- bis fünf-tägige Schulungen zur Vorbereitung auf die Prüfungen anbieten und die einzelnen Prüfungen abnehmen. Als Grundlage für die Schulungen dient der Rahmenstoffplan der Dienstleistungsgesellschaft für Informatik. Er legt die Inhalte fest und setzt Standards für die Unterrichtsmaterialien und die Unterrichtsdauer.

Wieviele Prüfungen gleichzeitig abgelegt werden, bleibt jedem und jeder selbst überlassen. Am Ende steht dann die ECDL SkillsCard als europaweit anerkanntes Zertifikat.

Und was kostet das Ganze?

DM 40,00 werden jeweils für eine Teilprüfung berechnet. Für die SkillsCard kommen noch einmal DM 100,00 dazu. Damit schlägt der ECDL mit insgesamt DM 380,00 zu Buche. Eine Investition, die sich lohnt.

Mehr über den ECDL gibt es unter www.dlgi.de und www.ecdl.de.

* Referent für Unternehmensentwicklung beim Bildungswerk der Niedersächsischen Wirtschaft und Leiter der ECDL-Prüfungszentren des BNW

Xpert

Der neue europäische Computerpass

VON BERND RUNGE*

Im November 2000 wurde der neue europäische Computerpass Xpert anlässlich einer Bundestagung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes zur Beruflichen Bildung in Göttingen zum ersten Mal präsentiert. Gekommen waren auch Gäste aus Politik, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung, aus anderen Bildungsbereichen sowie mehreren Organisationen und Einrichtungen aus dem europäischen Ausland. Was ist der Xpert-Pass? Warum gibt es ihn und was ist seine Vorgeschichte? Wie positioniert er sich in Niedersachsen, Deutschland und Europa?

Was ist der Xpert european computer passport?

Der Europäische Computer Pass Xpert ist ein modulares Lehrgangs- und Prüfungssystem, das umfassende Kenntnisse und praktische Fertigkeiten im Umgang mit gängigen Anwenderprogrammen im Office-Bereich vermittelt. Es besteht aus acht Modulen. Jedes schließt mit einer europaweit einheitlichen Prüfung ab, für die ein Zeugnis vergeben wird. Am ehesten zu vergleichen ist der Xpert-Pass mit dem Europäischen Computer Führerschein (European Computer Driving Licence – ECDL). Die Module beider Systeme ähneln sich stark.

Beide Systeme arbeiten mit gestaffelten Leistungsnachweisen mit Wahlmöglichkeiten der Lernerinnen und Lerner. Über die ECDL-Skills Card, den "Großen ECDL" und seinen "kleinen Bruder", das Zertifikat "ECDL-Start" wird an anderer Stelle dieses Heftes berichtet. Beim Xpert wird nach Absolvierung der drei Pflichtmodule "Grundlagen der EDV", "Textverarbeitung Basics" und "Internet Basics" der European Compu-

ter Passport Xpert erworben, nach Abschluss zweier weiterer Module nach Wahl der European Computer Passport Xpert Master.

Dieses gestufte System baut für die Lerninteressierten keine allzu hohen Hürden auf, erleichtert den Einstieg und passt sich durch seine Wahlmöglichkeiten den individuellen Lernbedürfnissen flexibel an. Wer mag, kann aus dem reichhaltigen Programm der Xpert-Anbieter über den Pass hinaus führende Qualifizierungsbausteine wählen, sei es zur Perfektionierung der Datenbankanwendung oder der Internetnutzung, sei es zum Abschluss PC-Systembetreuung. Was, wie und bei wem gelernt wird und zu welchen Kosten, ist nicht nur für die Teilnehmenden, sondern auch für Personalentwickler in Betrieben, Auftraggeber aus Arbeitsämtern, der Sozialverwaltung, Bildungsstätten, Vereinen und Verbänden transparent und verlässlich kalkulierbar. Denn zu dem Produktpaket gehören nicht nur die Prüfungen, sondern die ebenso standardisierten und überall einheitlichen Lehrgänge, das Lehr- und Lernmaterial, das dokumentierte und deshalb kontrollierbare didaktische und methodische Konzept und alle Elemente einer zeitgemäßen Qualitätssicherung. Die Module lassen sich leicht in erweiterte Lernumfelder integrieren, zum Beispiel in Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Beschäftigungsförderung, in Bildungsgänge der Schulen und Hochschulen. Nicht nur weil der Begriff des "Führerscheins" durch den ECDL-Abschluss bereits besetzt war, sondern auch um sich von allem deutlich abzusetzen, was auf dem Markt der Weiterbildung und im allgemeinen Sprachgebrauch als PC- oder Internet-Führerschein figuriert, wurde die Bezeichnung Xpert european computer passport gewählt und als Marke für das junge Produkt

beim Deutschen Patent- und Markenamt sowie dem EU-Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt in Alicante angemeldet. Sie ist aber auch als Dachmarke für alle Lehrgangs- und Prüfungsprogramme vorgesehen, die sich, den selben Grundsätzen verpflichtet, noch entwickeln und zuordnen werden. Ein Blick in seine Vorgeschichte lässt die "Philosophie" des Xpert Computerpasses noch besser verstehen.

Ein Blick zurück – Es begann vor fünfzehn Jahren

Lange bevor von der "neuen Wissensgesellschaft" in allen ihren Facetten und von allen Erscheinungen die Rede war, denen heute so gern das Wörtchen "new" vorangesetzt wird, hat in Hannover die Zukunft begonnen. Vor fünfzehn Jahren setzten sich Kolleginnen und Kollegen aus der Prüfungszentrale des vhs-Landesverbandes und aus den Volkshochschulen zusammen und ordneten die bereits zahlreich angebotenen ersten Qualifizierungsmodule zur Bürokommunikation und Datenverwaltung zu einem standardisierten Lehrgangs- und Prüfungssystem "EDV-Anwender-Pass (EAP), Wirtschaft und Verwaltung (vhs) 1 und 2". Die Standards wurden durch Lernzielkataloge, Musterprüfungsaufgaben, eine Rahmenprüfungsordnung, Bewertungsraaster und ein zentral gesteuertes, objektiviertes und evaluiertes Prüfungsverfahren gesetzt. Zu den Standards gehörten darüber hinaus die Qualifizierung der Kursleitenden und Prüfenden, die Bereitstellung von Handreichungen für die Kursleitenden sowie Seminarmaterialien für die Teilnehmenden, folglich auch Mindestanforderungen an die Qualität der anbietenden Einrichtungen (Fachkompetenz des Personals, Hard- und Software-Ausstattung) und an Dauer und didaktisches Profil der Kursmodule.

* Mitarbeiter des Landesverbandes der Volkshochschulen Niedersachsens

Was war passiert? In den Sekretariaten, Schreibdiensten, Buchhaltungen, in Lagerhaltung und Versand waren elektrische oder auch schon elektronische Schreibmaschinen, die letzten voluminösen Schreibautomaten, Tischrechner oder urtümliche Datenbanksysteme massenhaft durch den Personalcomputer ersetzt worden. Wer erinnert sich noch an die lebhaften Anfangsdiskussionen in Betriebsstätten und Seminaren, ob denn IBM etwas verschlafen oder im Gegenteil seine Marktposition weltweit und rücksichtslos gegen Mitbewerber ausgespielt habe, welche Betriebssysteme zum globalen Wettbewerb angetreten seien und welches sich denn durchsetzen werde? Alltagstauglich war diese Überbaudiskussion nur bedingt. Vielmehr erlebten Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, später dann auch immer mehr Erwerbslose, dass ihr Arbeitsplatz nicht nur durch eine neue Geräteausstattung ein anderes Gesicht erhalten hatte, sondern dass sich auch Betriebsabläufe änderten und dass immer mehr fachliche und soziale Kompetenzen, mehr Eigenverantwortung und vernetztes Denken gefordert wurden. Um Anschluss zu halten und in den ostdeutschen Ländern nach der Wende 1990 Anschluss zu bekommen, waren Qualifizierungen (über-)lebensnotwendig. Mit Kurztrainings durch die Hard- und Softwareverkäufer oder die kollegiale Beratung am Arbeitsplatz war es häufig nicht getan. Nicht anders verhielt es sich ab Mitte der neunziger Jahre mit dem Einzug des Internet in die Betriebe.

Die "kleinen Leute" also waren die Zielgruppe für Kurse und Prüfungen. Nachdem die Grundstruktur einmal geschaffen war, konnten im Laufe der Folgejahre bedarfsgerecht und zeitnah zusätzliche Module, aber auch weitere eigenständige Pässe nachgeschoben werden, zeitweise (mit einer Spitze zwischen 1988 und 1993) auch im technischen Sektor (CAD, CNC). Das erklärt die Erfolgsgeschichte des EAP, dessen Zeugnisse sich seitdem in Tausenden von Bewerbungsunterlagen wiederfinden. Bis 1999 wurden allein über die Prüfungszentrale in Hannover rund 200.000 Modulprüfungen nach dem EAP-Konzept abgewickelt. Da nach und nach auch die

vhs-Prüfungszentren anderer Bundesländer deckungsgleiche Angebotspakete auf den Markt gebracht haben, wenn auch nicht in der niedersächsischen Intensität, dürften die Volkshochschulen bis 1999 bundesweit mindestens 250.000 Menschen zu einem Zeugnis im Rahmen des "Anwenderpasses" oder "Computerpasses" verholfen haben. Vielleicht noch viel wichtiger ist aber, dass bei weitem nicht alle Teilnehmenden ihren Kursbesuch mit einer Prüfung abgeschlossen, dennoch aber alle von den vereinbarten Standards für Kurse und Lernmittel profitiert haben. Die Daten eines einzigen Jahres (1999) allein für dieses Kurssegment und allein für niedersächsische Volkshochschulen: 7.900 Kurse, über 88.000 Teilnehmende, beinahe ebenso viele Bestellungen von Seminarunterlagen.

Im Zuge der kontinuierlichen Weiterentwicklung den Xpert-Pass zu schaffen und ihm die wichtigsten Konzept-, Verfahrens- und Qualitätsmerkmale des EAP mit auf den Weg zu geben, war ein folgerichtiger Schritt. Der ECDL wurde 1994 erstmals in Finnland, ab 1997 in anderen Ländern mit Schwerpunkten in Skandinavien, Irland und Großbritannien, noch später in Deutschland angeboten. Europaweit wurden bis 1999 rund 170.000 Prüfungen absolviert. Die Markteinführung des Europäischen Computer Passes hat zwar gerade erst begonnen; sie stützt sich aber auf eineinhalb Jahrzehnte Erfahrung und ein flächendeckendes, eingearbeitetes und erfolgreiches Anbietersystem.

Wie positioniert sich der Computerpass Xpert in Niedersachsen, Deutschland und Europa?

Für die Zukunft der Weiterbildung in Deutschland kann ein im Jahre 2000 vollzogener Schritt gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: unter der Steuerung des "Netzwerkes Arbeit und Beruf" beim Deutschen Volkshochschul-Verband wurden erstmals alle Prüfungszentren im Norden, Süden und Westen unter einem Dach vereinigt und auf das gemeinsame Konzept des Xpert verpflichtet. Am ehesten vergleichbar ist dies mit der Geschichte des vhs-Sprachenzertifikates, das vor über dreißig Jahren in München geboren worden ist und sich bis heute

dank internationaler Vereinbarungen zu einem Europäischen Sprachenzertifikat entwickelt hat. Die Produkt- und Prüfungszentren der vhs-Verbände haben ein Arbeitsmodell entworfen, wonach sie je nach Kompetenz und Ressourcen wechselweise als Entwicklungsinstanz und bundesweite Prüfungszentrale fungieren, sich somit untereinander auch als Anbieter und Kunden begegnen. Jeder bringt zu Gunsten aller anderen seine besonderen Beziehungen zu Partneereinrichtungen und -organisationen in Europa ein. Jeder pflegt für seine Region die Vernetzung mit staatlichen, öffentlichen und privaten Vertrags- und Geschäftspartnern. Alle gemeinsam pflegen die notwendigen Beziehungen zu den Produktpartnern, zum Beispiel Fachautor/-innen, Verlagen, Providern (public private partnership). Für das erste so vereinbarte Angebotspaket wurde die Prüfungszentrale (PZ) Hannover beim Landesverband der Volkshochschulen in Hannover zur "Master-PZ" bestimmt. Gegenwärtig kann sie deshalb mit Fug und Recht als Europäische Xpert-Zentrale bezeichnet werden. Der Xpert behält seine "Bodenhaftung" im Organisations- und Anbietersystem der Volkshochschulen. So tritt er etwa in Niedersachsen bei der Arbeitsverwaltung, in Schulen oder im Fortbildungsmarkt der Initiative n-21: Schulen in Niedersachsen online auf und trifft auf ein hohes Interesse. Er emanzipiert sich aber gleichzeitig von dieser Bindung auf seinem Weg nach Europa. Arbeitsbeziehungen, teilweise bereits auf der Höhe abgeschlossener oder unterschriftsreifer Vereinbarungen mit Organisationen und Einrichtungen zum Beispiel in den Niederlanden, in Italien, in der Slowakei sind angebahnt. Im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union und der Unterstützung der Staaten in Ost- und Südeuropa ist im Rahmen einer Veranstaltung des IIZ/DVV (siehe den Beitrag in diesem Heft) vom März 2001 eine Zusammenarbeit mit Lettland, Litauen, Slowenien, Ungarn, Bulgarien und Russland angeboten worden. Durchgängig geht es dabei nicht nur darum, ein Produkt zu verkaufen, sondern einen Beitrag zum Aufbau einer demokratischen, pluralen und funktionsfähigen Infrastruktur der Erwachsenenbildung zu leisten.